



## Kurzprotokoll der 61. Sitzung

### **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

Berlin, den 24. April 2024, 14:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH 4.200

Vorsitz: Renata Alt, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

**Einzigster Punkt der Tagesordnung**

**Seite 6**

Öffentliche Anhörung:  
**„Dritter Bericht der Bundesregierung zur  
weltweiten Lage der Religions- und  
Weltanschauungsfreiheit  
(Berichtszeitraum 2020 bis 2022)“**

**BT-Drucksache 20/9580**

**Federführend:**

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

**Mitberatend:**

Rechtsausschuss

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung



## Geladene Sachverständige

**Sandy El Berr<sup>1</sup>**

Brot für die Welt des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung e.V.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt<sup>1</sup>**

Professor, Lehrstuhlinhaber, Institut für Politische Wissenschaft, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

**Mag. Dr. Christian Machek M.A.<sup>5</sup>**

Philosoph, Politologe

**Prof. Dr. Meron Mendel<sup>4</sup>**

Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt

**Dr. Richard Ottinger<sup>2</sup>**

Referent für internationalen Religionsdialog in der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Erzbischof Prof. Dr. theol. Dr. phil. Dr. mult. Thomas Schirmmacher<sup>2</sup>**

Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, San José, Costa Rica  
Co-Präsident, Religions for Peace, New York

**Hanna Veiler<sup>3</sup>**

Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands

**N.N.<sup>6</sup>**

<sup>1</sup> auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>2</sup> auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>3</sup> auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>4</sup> auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>5</sup> auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

<sup>6</sup> auf Vorschlag der Gruppe Die Linke zur öffentlichen Anhörung eingeladen



## **Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Dritter Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Berichtszeitraum 2020 bis 2022)“, BT-Drs. 20/9580**

### **Verletzung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Maßnahmen zu dessen Schutz**

Was sind typische „Orte“ der Verletzung der Religionsfreiheit weltweit und was sind typische Motive dieser Verletzungen? Welche Rolle spielt die Stärkung der Religionsfreiheit im Kontext der Menschenrechte allgemein? (SPD)

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Rechte indigener Völker effektiver zu schützen? An welche konkret umsetzbaren Maßnahmen denken Sie? (SPD)

Der Missbrauch von Religion durch autoritäre Regime und Diktaturen u.a. für den Ausbau ihrer Machtstrukturen geht oftmals einher mit massiver Einschränkung von Religionsfreiheit innerhalb dieser Länder. Was müssen die internationale Gemeinschaft und vor allem die Demokratien tun, um diesem Trend entgegenzutreten und was kann dieser und folgende Berichte der Bundesregierung zur Lage der weltweiten Religions- und Weltanschauungsfreiheit hier an hilfreicher Analyse und Dokumentation beitragen? (CDU/CSU)

Worin sehen Sie die Hauptursachen für den weltweit grassierenden Antisemitismus und welche Maßnahmen sollten die Bundesregierung und andere demokratische Staaten unternehmen, um dem entschieden und nachhaltig entgegenzuwirken? (BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN)

### **Verhältnis von Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu anderen Menschenrechten**

Wie beschreiben Sie das Spannungsfeld zwischen Religions- und Weltanschauungsfreiheit und anderen Menschenrechten, wie etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung oder Gleichstellung der Geschlechter & Gender und wie kann ein ganzheitlicher Menschenrechtsansatz, der die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte klar in den Fokus rückt dazu beitragen, dass diese Rechtsgüter nicht im Widerspruch zu einander stehen, sondern sich bestenfalls gegenseitig befördern? (BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN)

Welche politischen und gesellschaftlichen Strukturen benötigen wir, um die Balance zwischen Religionsfreiheit und Gleichberechtigung im Sinne der Menschenrechte herstellen und schützen zu können und wie können wir sicherstellen, dass Religionen nicht zweckentfremdet werden, um Frauen und Minderheiten (z. B. LGBTQI) zu diskriminieren? (FDP)



## **Dialog und Austausch zwischen den Religionen**

Welche Bedeutung messen Sie gerade bei der globalen Bekämpfung von Extremismus unter religiös verbrämter Flagge (wie ISIS, Hamas, Hisbollah oder dem Regime im Iran) sowie für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen dem interreligiösen Dialog bei, der auf die allgemein anerkannte Frieden fördernde Wirkung von Religion gründet, und was sollte die Bundesregierung unternehmen, um diesen Dialog z.B. durch Mitglieder der Bundesregierung und den Beauftragten für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit weiter zu unterstützen und zu stärken? (CDU/CSU)

Bezüglich der besorgniserregenden Entwicklungen, wie beispielsweise dem zunehmenden Antisemitismus: Was ist, angesichts der angespannten gesellschaftlichen Lage in Deutschland notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das gegenseitige Verständnis sowie die Akzeptanz zwischen den einzelnen religiösen Gruppen zu stärken und wie kann dabei vermieden werden, dass ganze religiöse Gruppen unter Generalverdacht gestellt werden, um die gesellschaftliche Spaltung nicht noch weiter zu befeuern? (FDP)



### Mitglieder des Ausschusses

<b>Fraktion</b>	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Droßmann, Falko Engelhardt, Heike Funke, Fabian Schwabe, Frank Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Castellucci, Dr. Lars Dieren, Jan Heinrich, Gabriela Hennig, Anke Nasr, Rasha Özoğuz, Aydan
CDU/CSU	Abraham, Knut Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Geissler, Dr. Jonas Weiss (Wesel I), Sabine	Brehm, Sebastian Brodesser, Dr. Carsten Hoppermann, Franziska Lips, Patricia Winkelmeier-Becker, Elisabeth
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max Mijatović, Boris Walter-Rosenheimer, Beate	Khan, Misbah Pahlke, Julian Taher Saleh, Kassem
FDP	Alt, Renata Heidt, Peter	Lechte, Ulrich Link (Heilbronn), Michael Georg
AfD	Braun, Jürgen Sichert, Martin	Friedhoff, Dietmar Rinck, Frank
Die Linke	Möhring, Cornelia	Akbulut, Gökay



### **Einzigster Punkt der Tagesordnung**

Öffentliche Anhörung:

#### **"Dritter Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Berichtszeitraum 2020 bis 2022)"**

Die **Vorsitzende**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige, verehrte Gäste, hiermit eröffne ich die 61. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und begrüße Sie herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung zum Thema „Dritter Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Berichtszeitraum 2020 bis 2022“. Sehr herzlich begrüße ich zunächst unsere heutigen Sachverständigen:

#### **Frau Dr. Sandy El Berr**

Brot für die Welt des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung, per Video zugeschaltet,

#### **Herr Prof. Dr. Heiner Bielefeldt**

Professor, Lehrstuhlinhaber, Institut für politische Wissenschaft, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg,

#### **Herr Mag. Dr. Christian Machek**

Philosoph, Politologe,

#### **Herr Prof. Meron Mendel**

Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, ist leider kurzfristig verhindert,

#### **Herr Dr. Richard Ottinger**

Referent für internationalen Religionsdialog in der Abteilung gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung,

#### **Erzbischof Prof. Dr. Thomas Schirmacher**

Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit San José, Costa Rica, Co-Präsident Religions for Peace, New York (NY),

#### **Frau Hanna Veiler**

Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands.

Ich begrüße außerdem die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ausschüssen, die an unserer Sitzung teilnehmen. Außerdem begrüße ich sehr herzlich unsere Gäste auf der Tribüne. Ich bitte Sie, ab jetzt nicht mehr zu fotografieren und die Handys stumm zu schalten. Vorsorglich mache ich zudem darauf aufmerksam, dass Beifalls- und Missfallenskundgebungen nicht gestattet sind. Die Anhörung ist öffentlich, sie wird live im Internet auf den Seiten des Bundestages übertragen. Ich begrüße daher auch herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen. Außerdem wird die Anhörung auf der Webseite des Deutschen Bundestages auch über die Mediathek abrufbar sein. Von der Sitzung wird zudem ein Wortprotokoll gefertigt, das später auch auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht wird. Dort wurden heute vor der Sitzung auch die Stellungnahmen der Sachverständigen veröffentlicht. Den Mitgliedern des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie denen der eingeladenen Ausschüsse sind diese bereits vorab zugegangen. Wie üblich bei unseren Anhörungen möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass die anwesenden Mitglieder anderer Ausschüsse ein Rede- und Fragerecht haben, wie die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Ich sehe keinen Widerspruch - dann verfahren wir so. Wegen der Ausübung des Fragerechts bitte ich, sich innerhalb der Fraktionen abzustimmen. Nun zum Ablauf der Anhörung:

Die Obleute des Ausschusses haben sich darauf verständigt, an dem bisherigen Verfahren festzuhalten. Danach haben die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge zunächst die Gelegenheit, ein Eingangsstatement von drei Minuten abzugeben. Daran schließt sich eine erste Frage- und Antwortrunde an. Weitere Runden können folgen, wenn es die Zeit erlaubt. In jeder der Fragerunden werden die Fraktionen und die Gruppe Die Linke in einer feststehenden Reihenfolge aufgerufen, die einerseits dem Stärkeverhältnis und andererseits dem Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen entspricht. Das heißt, dass der Aufruf in der folgenden Reihenfolge erfolgt: SPD, CDU/CSU,



BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, AfD, FDP, Die Linke. Jede Fraktion und die Gruppe haben pro Runde die Möglichkeit, eine beliebige Zahl von Fragen an bis zu zwei Sachverständige zu stellen. Für die Fragen, die auch von mehreren Abgeordneten einer Fraktion bzw. Gruppe gestellt werden können, steht ein Zeitkontingent von insgesamt zwei Minuten zur Verfügung. Die befragten Sachverständigen haben dann jeweils für ihre Antwort höchstens vier Minuten Redezeit. Die Fragen der Abgeordneten und die Antworten der Sachverständigen folgen unmittelbar aufeinander. Am Ende der Anhörung haben die Sachverständigen in einer Schlussrunde noch einmal die Möglichkeit, sich in drei Minuten abschließend zu äußern. Die Redezeit wird Ihnen auf dem Bildschirm angezeigt. Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Ich bitte von den Sachverständigen nun zunächst Frau Sandy El Berr um ihr einleitendes Statement. Hierfür stehen Ihnen drei Minuten zur Verfügung. Bitte schön, Frau El Berr, Sie haben das Wort.

SVe Dr. **Sandy El Berr**: Vielen Dank und guten Morgen aus Lima. Mein Name ist Sandy El Berr und ich bin von Beruf aus Ethnologin. Ich arbeite derzeit bei Brot für die Welt auf der Dialogstelle in Südamerika zum Thema indigene Rechte. Da ich seit mehreren Jahren mit Indigenen in Lateinamerika arbeite, hat die SPD-Fraktion bei mir wegen einer Teilnahme an dieser Sitzung als Expertin für indigene Völker angefragt. Hintergrund ist, dass der dritte Bericht den thematischen Schwerpunkt auf die Religions- und Weltanschauungsfreiheit indigener Völker legt. Kurz zur Information: Brot für die Welt ist Teil des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung. Wir unterstützen indigene Völker, indem wir ihre Landrechte versuchen durchzusetzen, und juristisch zu verteidigen; zusammen mit Partnerorganisationen machen wir auch auf die kritische Situation indigener Völker aufmerksam. Sehr wichtig ist, dass der Bericht eben deutliche Bezüge des Rechts auf Religionsfreiheit zu indigenen Rechten aufzeigt. Das ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass Deutschland die ILO-Konvention 169 ratifi-

ziert hat, die seit 2022 in Kraft ist. Das ist das einzige international verbindliche Instrument, das die Rechte indigener Völker anerkennt und schützt. Darunter unter anderem kollektive Landrechte, das Recht der Indigenen, über ihre Institutionen, Lebensweisen und Entwicklung bestimmen zu können oder auch ihre Identitätssprachen und Religionen zu erhalten und zu entwickeln. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang sind auch die Beteiligungs- und Zustimmungsrechte. Die Bundesregierung hat auch der UN-Erklärung für die Rechte indigener Völker zugestimmt. Das heißt also, Deutschland ist eine internationale und völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen, die nun ganz konkret umgesetzt werden und mit Leben gefüllt werden muss; dies nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit oder bei Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, sondern insbesondere auch in der Außen-, Handels- und Wirtschaftspolitik. Damit die Umsetzung der ILO-Konvention 169 volle Wirkung entfalten kann, braucht es eine umfassende Strategie der Bundesregierung, die alle betroffenen Ressorts einbindet. Daraus resultiert für Brot für die Welt gemeinsam mit dem Koordinationskreis ILO 169 die ressortübergreifende Strategie. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Jetzt hat Herr Professor Bielefeldt, das Wort. Bitte schön.

SV Prof. Dr. **Heiner Bielefeldt**: Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Das Thema ist ungemein komplex. Ich rede jetzt im Staccato über Verletzungen der Religionsfreiheit in dramatischem Ausmaß, in höchst unterschiedlichen Facetten, oft verwirrend - und jetzt mal im Zehn-Sekunden-Takt durch die Kontinente: Indien: Zunehmende systematische Diskriminierung religiöser Minderheiten, davon betroffen Muslime, aber eben auch Christen, insbesondere evangelikale Christen. Pakistan: Eine drakonische Blasphemie-Gesetzgebung, die etwa die Ahmadiyya-Muslim-Community besonders betrifft. Ein Ahmadi, der nur den islamischen Gruß ausspricht, macht sich möglicherweise schon strafbar, weil er als Muslim posiert, wie es dann heißt. Vietnam: Ein gnadenloses Ein-



Parteien-System unterzieht alle Religionsgemeinschaften strikter Kontrolle, schlichtweg aus Angst, dass diese ihre eigenen kommunalen Erfahrungen machen könnten. Religionsgemeinschaften müssen permanent Pläne vorlegen, was sie im nächsten Jahr vorhaben und das gibt dann Anlass zu beliebigen Interventionen. Irak: Der sogenannte islamische Staat, Genozid an den Jesiden, aber auch der Versuch die Spuren anderer religiöser Minderheiten, ihre Geschichte, auch die Geschichte der Kirche, schlichtweg zunichtezumachen, also Minderheiten nicht nur die Zukunft, sondern auch die Vergangenheit zu rauben. Kasachstan: Setzt wie viele andere Staaten vor allem bei Kindern an. Es gibt zunehmend die Tendenz, gerade auch im Namen eines merkwürdig vertretenen Jugendschutzes, religiöse Praxis stark zu restringieren. Jugendschutz ist immer plausibel, aber da kann viel Unheil passieren, wenn man Jugendschutz gegen Religionsfreiheit ausspielt. Russland: Das Verbot der Zeugen Jehovas. Eine ganze Religionsgemeinschaft mit 200.000 Menschen wird schlichtweg verboten; jedwede religiöse Praxis ist untersagt. Viele befinden sich in Haft. Ich könnte weiter fortsetzen. Religionsfreiheit wird vielfältig verletzt, die Phänomene, die uns bekannt sind, sind die Spitze eines Eisbergs, vieles liegt im Trüben. Was mir noch wichtig ist: Wenn man die Religionsfreiheit stärken will, dann im Kontext der Menschenrechte. Es ist fatal, Religionsfreiheit aus dem Gesamtkontext der Menschenrechte herauszubrechen und irgendwelche Antagonismen zu konstruieren. Es gilt die Förderung der Religionsfreiheit im Namen der Menschenrechte. Umgekehrt gilt: ein umfassendes Verständnis der Menschenrechte setzt Respekt vor der Religionsfreiheit voraus. Ohne die Religionsfreiheit, ohne diese Dimension der *Conditio humana* zu berücksichtigen, wären die Menschenrechte nicht vollends menschlich. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt hat das Wort Herr Magister Dr. Macheck. Bitte schön.

SV Mag. Dr. **Christian Macheck**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Das Bonner Grundgesetz beginnt mit den Worten: im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott. Ich möchte kurz die Gretchenfrage stellen, wie hält es die Regierung mit der Religion und habe dazu gleich ein paar kritische Anmerkungen zu machen. Ein Lob muss ausgesprochen werden. Im Bericht wird ausdrücklich festgehalten, welche Bedeutung die Religion hat, auch für die Menschen, für den Staat im Generellen. Wir Akademiker sind hier an das Böckenförde-Diktum erinnert: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Konkret heißt es da: Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Nächstenliebe, Bewahrung der Schöpfung, Engagement für Menschenrechte, für gesellschaftlichen Zusammenhang, Umweltschutz und Kooperation. Ich möchte nur anmerken, dass die Religion immer transzendent ist. Hier geht es um das Heilige, es geht nicht immer nur um immanente politische Ziele. In diesem Sinne ist auch China kritisch zu betrachten, wenn es meint, die Religion im Sinne der Werte des Sozialismus begrenzen zu können. Ausdrücklich loben möchte ich die feministische Außenpolitik dort, wo sie Sinn macht, vor allem im Bereich der Genitalverstümmelung von Frauen. Mein großer Kritikpunkt ist, dass es eine Religionsgemeinschaft gibt, die am meisten Diskriminierung und Verfolgung erleiden muss; das ist die christliche. Zwar wird diese Verfolgung und Diskriminierung angesprochen, aber nicht explizit. Ich möchte da verweisen auf den jüngsten ersten Bericht der österreichischen Regierung bzw. genau genommen des österreichischen Bundeskanzlers, in dem die Christenverfolgung angesprochen worden ist. Mir fehlt leider auch der Bereich Menschenrechte und Religionsfreiheit im Hinblick auf Einschränkungen in westeuropäischen Staaten. Dort ist die Lage auch nicht optimal. Etwas warnen oder bzw. zur Sensibilität aufrufen möchte ich bezüglich eines Menschenrechtsimperialismus. Man muss bei allen Problemen, bei aller berechtigter Kritik auch anerkennen, dass es andere Werte gibt, andere Sitten, andere Kulturen





und diese wollen nicht belehrt oder auch bekehrt werden zu Werten, die sie nicht teilen. Ja, ich kann den Worten meines Vorredners zustimmen. Die Einschränkung der Religionsfreiheit ist ein Problem, das immer größer wird und die deutsche Bundesregierung kann Maßnahmen ergreifen, muss aber auch die richtigen Prioritäten setzen. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt folgt Herr Dr. Ottinger. Bitte schön.

SV Dr. **Richard Ottinger**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Herzlichen Dank für die Einladung. Mir sind zu Beginn drei Dinge besonders wichtig. Zunächst möchte ich mich grundsätzlich zum Menschenrecht der Religions- und Weltanschauungsfreiheit äußern. Zweitens möchte ich zur Wichtigkeit des aktuell vorliegenden Berichtes und hoffentlich den noch folgenden Berichten kurz etwas sagen und abschließend möchte ich auf den Mehrwert des Beauftragten für Religions- und Weltanschauungsfreiheit explizit eingehen. Zum Menschenrecht der Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist mir besonders wichtig zu betonen, dass sowohl religiöse als auch nicht religiöse Menschen von diesem Recht miteingeschlossen sind. Im Kontext von negativer Religionsfreiheit ist auch das Recht, nicht glauben zu müssen, gesichert. Ich denke, gerade mit dem Blick auf die voranschreitende Säkularisierung von Deutschland und Europa, sollten wir den Begriff der Weltanschauungsfreiheit sehr stark in den Mittelpunkt stellen, um auch bei religiös Skeptischen für dieses Menschenrecht zu werben, denn ohne die geht es ganz sicher nicht. Zweitens zur Wichtigkeit des Berichts: Wir haben einen Bericht vorliegen, der in der Art des Monitorings eine gewisse Einzigartigkeit aufwirft. Es gibt viele Berichte, die in Bezug auf die Geografie sehr genau hinschauen; dann gibt es Berichte, die einen Schwerpunkt auf die verschiedenen Religionsgemeinschaften legen. Einen Bericht wie den vorliegenden, der in der Breite so viele Länder behandelt und gleichzeitig auch

interreligiös arbeitet, gibt es nicht häufig. Man muss sich klar machen, dass wir, wenn wir normativ im Kontext von Menschenrechten unterwegs sind, immer ein deskriptives Datenfundament brauchen. Das heißt, wenn man sagen möchte, was sein soll, muss man wissen, was ist. Und hinsichtlich dieses „was ist“, leistet der Bericht eine gute Zuarbeit. Daher hoffe ich auch, dass es weitere Berichte geben wird. Abschließend zu der Wichtigkeit des Beauftragten. Das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist, wie Herr Bielefeldt schon gesagt hat, sicher keines zweiter Klasse, es ist aber auch kein hervorgehobenes mit sakralem Kern. Es ist aber dahingehend besonders, weil es nicht nur von autoritären Akteuren ständig angefragt wird, d. h. es wird instrumentalisiert, kritisiert und manipuliert, sondern es wird eben auch regelmäßig von liberaler Seite stark angefragt. Das liegt oft an einem Missverständnis, weil davon ausgegangen wird, dass das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ein Recht für Religionen sei und eben nicht für individuelle Werte, und das ist natürlich falsch. Und dahingehend hat der Beauftragte eben nicht nur eine Wirkung nach außen, weil er im BMZ angesiedelt ist, sondern er ist auch Botschafter fürs Innere. Und dahingehend möchte ich dafür plädieren, dass man das Amt des Beauftragten unabhängig von Legislaturperioden und unabhängig von Parteifarben möglichst nachhaltig besetzt, weil wir, wie anfangs bereits gesagt, in einer immer säkulareren westlichen Welt leben und daher auch gerade diese Botschaft nach innen dringend brauchen. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Erzbischof Professor Schirmmacher. Bitte schön.

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Herzlichen Dank. Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist konstitutiv nicht nur für die Menschenrechte, sondern eigentlich fürs Menschsein. Denn sie beschäftigt sich mit dem, was die Menschen im Innersten motiviert, was ihre innersten Überzeugungen sind, was für die meisten Menschen damit auch Teil ihrer Identität ist. Das



heißt, der normale Muslim ist nicht am Wochenende Muslim und geht irgendwo hin, sondern er ist Muslim. Und alles, was über ihn als Muslim gesagt wird, ist etwas, was über ihn gesagt wird. Und das gilt nicht nur für Menschen, die offensichtlich religiös sind, das gilt für einen Vertreter der humanistischen Union genauso. Er wirkt motiviert, es ist seine Ethik, seine Motivation. Und wenn ich ihm jetzt sage, weil du nicht religiös bist, hast du überhaupt keine Moral, dann fühlt er sich völlig missverstanden. Es ist seine Moral. Es ist das, worauf er seine Entscheidungen, sein persönliches Leben beruht. Und insofern sind wir zwar froh, dass wir in Deutschland eine Trennung von Kirche und Staat haben, aber leider kann man Religion und Politik nicht trennen. Warum? Gerade in einer Demokratie bringt jeder diese tiefste Überzeugung in die Wahlkabine mit. Und das ist Teil der Demokratie, dass jeder das glauben und im Alltag praktizieren kann, was er für richtig hält. Und das bedeutet automatisch, dass die Religions- und Weltanschauungsfreiheit alles andere durchzieht. Ich kann sie nicht sauber abtrennen von diesem Menschenrecht oder jenem Menschenrecht. Die Überzeugung, dass man Frauen unterdrücken kann, kann genauso aus einer Religion und Weltanschauung kommen, wie die Überzeugung, dass es das oberste Ziel ist, genau das zu bekämpfen. Und es ist nicht möglich, eine Thematik herauszunehmen und sagen, das hat jetzt erstmal mit Religion überhaupt nichts zu tun. Ganz im Gegenteil, wenn ich etwas verändern will, muss ich immer auf die dahinterliegende Motivation zurückgreifen. Bei der Frage, was von dem Bericht zu halten ist, ist der Umstand, dass es diesen Bericht gibt, überspitzt gesagt, allein schon wichtig, auch wenn dieser Bericht völlig leer wäre. Weil der bloße Umstand, dass die Bundesregierung, dass Deutschland einen eigenen Bericht zu dieser Frage hat und bewertet, was woanders gesagt wird, ist an sich bereits wichtig und ich führe das in meinen Antworten aus. Die meisten Staaten dieser Welt, selbst der Iran, der vielleicht noch am wenigsten Wert darauf legt, wollen nicht öffentlich an den Pranger gestellt werden; wollen nicht erwischt werden. Nun finden sie viele Wege, wie sie dann offiziell alles

richtig machen und eigene Tarnorganisationen gründen, die dann in Genf nette Sachen über sie sagen. Würden diese Sachen nicht zum Thema und somit nicht öffentlich gemacht werden, würde dies noch viel mehr ausgenutzt werden. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass Deutschland, dass die Bundesregierung einen solchen Bericht eingeführt hat. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank und schließlich Frau Veiler. Bitte schön.

Sve **Hanna Veiler**: Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete. Es fällt mir in diesen Tagen schwer, über Religionsfreiheit zu sprechen. Es ist wahr, wir leben zum Glück in einem Land, in dem der Rechtsstaat Freiheit für alle verspricht und in der Theorie Angehörige unterschiedlicher Religionen ihren Glauben problemfrei praktizieren dürfen. Wir leben aber auch in einem Land, in dem in der Praxis, Menschen aufgrund des Tragens bestimmter religiöser Symbole auf der Straße beleidigt oder bedroht werden können. Wir leben in einem Land, in dem Klausuren und Staatsexamina jedes Jahr auf hohe jüdische Feiertage fallen, aber es niemals denkbar wäre, dass irgendjemand an Weihnachten in die Universität müsste. Wir leben in einem Land, in dem sich unsere Lebensrealitäten und unsere Sicherheitsgefühle unterscheiden und dies abhängig davon, ob wir der Mehrheitsgesellschaft angehören oder eben nicht. Es fällt mir also schwer, von Religionsfreiheit zu sprechen als etwas, das wir haben. Vielmehr sehe ich es als etwas, woran wir in der Umsetzung dringend arbeiten müssen. Obwohl dies eine klare innenpolitische Aufgabe ist, kommen wir dabei auch nicht daran vorbei, internationale Gefahren für die Freiheit der Religion zu benennen. Vor etwas mehr als einer Woche feuerte die Islamische Republik Hunderte von Raketen auf Israel. Dass es nun zu dieser direkten Eskalation kommt, sollte angesichts des seit Jahrzehnten offensichtlichen Vernichtungswahn der Mullahs niemanden überraschen. Wir können nicht über Religionsfreiheit sprechen, weder in Deutschland



noch irgendwo anders auf der Welt, solange das iranische Regime und seine Proxys, mit Hamas und Hisbollah sind damit nur ein paar genannt, ihren antisemitischen, antiwestlichen Terror ausweiten können. Die Islamische Republik ist nicht nur für die eigene Zivilbevölkerung eine Gefahr, sondern auch für die jüdischen Communities weltweit. Dieses Jahr jährt sich der Anschlag auf das AMIA-Gebäude, ein Gemeindezentrum der jüdischen Gemeinschaft in Buenos Aires, bei dem 85 Menschen ermordet wurden, zum 30. Mal. Das ist nur einer der Anschläge der vergangenen Jahrzehnte auf jüdische Einrichtungen, hinter denen der iranische Strippenzieher steckt. Mit dem versuchten Anschlag auf die Synagoge in Bochum im November 2022 haben wir auch in Deutschland ein aktuelles Beispiel für die Gefahr, die von der Islamischen Republik ausgeht. Die offene Frage bleibt daher, wie es möglich ist, dass Einrichtungen wie das Islamische Zentrum Hamburg, die als verlängerter Arm der Mullahs in Deutschland dienen, weiterhin geöffnet sein dürfen. Wir können lange über Religionsfreiheit diskutieren. Solange aber das iranische Regime besteht, muss es unsere Priorität sein, mit allen Mitteln dieses zu bekämpfen, wenn wir in einer wahrlich freien und sicheren Welt für alle Religionen leben wollen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen. Dann kommen wir nun zur Fragerunde. Das Wort hat Frau Türk-Nachbaur.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich freue mich, dass wir über diesen Bericht sprechen. Es ist eine gute Gelegenheit, um dieses sehr fundamentale Thema anzusprechen. Und bevor ich in die Fragerunde starte, möchte ich allen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein schönes Pessachfest wünschen. Meine erste Frage geht an Herrn Professor Bielefeldt. Sie sprechen sehr viel darüber, dass Religionsfreiheit ein Teil der Menschenrechte ist und das zur Stärkung der Menschenrechte beiträgt. Können Sie den Zusammenhang näher erläutern zwischen der Stärkung der Religionsfreiheit und der Stärkung

der Menschenrechte im Allgemeinen? Und wenn Sie darauf eingehen könnten, was das Thema Unterdrückung von Religionsfreiheit in autoritären Regimen bedeutet. Und welche Rolle sollten internationale Organisationen spielen, um Religionsfreiheit in solchen Kontexten zu stärken? Meine zweite Frage darf ich an die Sachverständige Frau Sandy El Berr richten. Sie setzen sich für die Rechte indigener Völker ein und beschäftigen sich mit dieser Thematik. Was könnten wirksame Instrumente zur Stärkung der Rechte indigener Völker sein? Können Sie das näher erläutern? Vielen Dank.

SV Prof. Dr. **Heiner Bielefeldt**: Ganz herzlichen Dank. Zum Zusammenhang Menschenrechte und Religionsfreiheit hat Herr Ottinger schon eine ganz wichtige Klarstellung formuliert, die auch deshalb immer wieder deutlich hervorgehoben wird, weil es endlose Missverständnisse gibt. Ich will ein Beispiel nennen, das auch mit dem Thema Antisemitismus durchaus zu tun hat. Wir hatten vor zwölf Jahren bei uns im Land eine ziemlich aggressive Diskussion um das Thema Knabenbeschneidung. Da haben auch muslimische Verbände darunter gelitten, aber die jüdische Gemeinschaft stand besonders im Fokus. Ich habe Fragen erlebt, Interviewfragen, die typischerweise, das ist jetzt kein Witz, wie folgt, anfangen: Was hat denn Vorrang, die Religionsfreiheit oder die Menschenrechte? Das heißt, die Unterstellung ist, Menschenrechte, auf Englisch Human Rights, gleich Humanism. Und manchmal wird Humanism auch eng verstanden als, sagen wir einmal, postreligiöse Weltanschauung – gibt es, darf es geben, darf sich auf die Weltanschauungsfreiheit berufen, aber als sei dann die Religionsfreiheit das Gegenstück. Als sei die Religionsfreiheit der Schutz der Religion, der Schutz der Ehre der Religion, der Schutz des Status der Religion in unserer Gesellschaft. Nein, auf diese Weise entsteht eine Dichotomie, die sowohl für die Menschenrechte insgesamt schädlich ist und insbesondere auch für die Religionsfreiheit ganz fatal ist. Dann wird sie nämlich in der Wahrnehmung möglicherweise eine Art antiliberales Recht wie sie übrigens von



manchen rechtspopulistischen Parteien aufgebaut wird. Als eine Bastion des Antiliberalismus, des Antigenderismus. Da muss man sagen, das passiert im Namen der Semantik von Religionsfreiheit, hat aber mit einem sinnvollen Konzept von Religionsfreiheit nichts zu tun. Die Klarstellung kann gar nicht scharf genug formuliert werden. Die Religionsfreiheit ergibt Sinn als Menschenrecht. Das heißt, die Berechtigten sind nicht religiöse Wahrheiten, religiöse Ehrvorstellungen, sondern die Berechtigten sind Menschen, Individuen, aber typischerweise eben auch Menschen, die sich mit anderen zusammenschließen, ihren Glauben bekennen oder auch nicht bekennen oder auch ihre Zweifel bekennen oder nicht bekennen, sich gemeinsam versammeln, Gottesdienst halten oder sagen, lass mich in Ruhe mit all dem. Die Freiheit der Menschen folglich, ihre ganz unterschiedlichen Wege zu finden, in diesem oft verwirrenden Feld von Religion und Weltanschauung. Es ist nicht ein Recht der Frommen, es ist auch nicht ein Sakralrecht; es ist ein Menschenrecht und nur so kann man der Religionsfreiheit wirklich dienlich sein, indem man diese Komponente stärkt und auch die Infrastruktur der Menschenrechte stärkt. Und das bringt mich jetzt zur zweiten Frage: Die UNO hat derzeit nicht die beste Reputation, die Reputationsverluste der UNO haben auch nicht erst in jüngster Zeit eingesetzt. Ich bin dennoch davon überzeugt, wir brauchen diese Infrastruktur auf globaler Ebene, wir brauchen die UNO als einen Raum, in dem viel flexibler debattiert und auch Gruppenbildungen von *Like-Minded*, auch avantgardistische Positionen formuliert und experimentell ausprobiert werden können, als wir das uns generell vorstellen. Die UNO ist auch der Ort der Zivilgesellschaft, was den autokratischen Regimen überhaupt nicht passt. Wir sollten die UNO stärken, ohne UNO würde ein Eckstein, sozusagen die Infrastruktur der Menschenrechte wegbrechen. Wir brauchen auch den Europarat – jetzt könnte ich all die Institutionen aufzählen, das mache ich nicht, das kennen Sie. Die Infrastruktur der Menschenrechte ist unter Druck, dahinter müssen wir stehen, nur so kann man auch der Religionsfreiheit dienen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt Frau El Berr.

Sve Dr. **Sandy El Berr**: Noch einmal herzlichen Dank für das Wort. Ich würde gerne dem Beauftragten für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Frank Schwabe, danken, insbesondere auch für die Schwerpunktsetzung auf indigene Völker. Generell begrüßen wir sehr, dass die Bundesregierung auch in diesem Bericht wichtige Maßnahmen benannt hat, mit dem Ziel, die indigenen Rechte zu stärken und zu fördern. Die Frage zielte auf die wirksamen Instrumente. Internationale Abkommen wie die ILO-Konvention 169 oder auch die UN-Erklärung für die Rechte indigener Völker sind wichtige Instrumente, allerdings sollte bei der Umsetzung Folgendes beachtet werden: Zum einen sind indigene Völker Träger kollektiver Rechte und es gibt Rechtsverletzungen in unterschiedlichsten Bereichen; zum Beispiel im Zuge der Ausbreitung der Agrarindustrie, beim Abbau von Bodenschätzen, bei Infrastrukturprojekten. Der Bericht hat sehr gut aufgezeigt, dass indigene Umweltverteidiger und -verteidigerinnen und Landrechtsaktiven und -aktivistinnen überproportional von Gewalt und Mord betroffen sind. Hier stehen die deutschen Botschaften mit dem Auswärtigen Amt in der Verantwortung, indigene Menschenrechtsverteidiger effektiv zu schützen. Und zwar im Rahmen der deutschen Menschenrechtspolitik. Hier geht es auch darum, dass bereits bestehende Maßnahmen der UN, aber auch auf der EU-Ebene, für Menschenrechtsverteidiger, auch indigene, angewendet werden. Wir haben gesehen, dass Naturschutzmaßnahmen indigene Rechte verletzen können, wenn zum Beispiel Gemeinden umgesiedelt werden. Daher ist es wichtig, indigene Völker auch als direkte Kooperationspartner einzubeziehen. Und zwar schon in der Planung und der Konzipierung, allerdings dann auch bei der Umsetzung, bei Biodiversitäts- und Klimaschutzmaßnahmen. Eines der wirksamsten Instrumente zum Schutz ist die Konsultationspflicht und FPIC. Bei FPIC handelt es sich um das Recht auf die vorherige



freie und informierte Zustimmung. Diese sollte insbesondere in der Außenwirtschaftsförderung, bei Exportkreditgarantien oder der Rohstoffstrategie konsequent angewendet werden, wenn Landrechte betroffen sind oder die Vernichtung religiöser Stätten droht. Damit sehr eng verbunden ist die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in den internationalen Wertschöpfungsketten. Nach unserer Auffassung ergeben sich nämlich aus der Ratifizierung der ILO-Konvention 169 unmittelbare extraterritoriale Verpflichtungen für deutsche staatliche Institutionen. Diese sanktionsfähige Verpflichtung das Konsultationsrecht zu gewährleisten, gilt eben nicht nur für die Regierung Deutschlands, sondern sollte ausdrücklich auch auf die Akteure in den Firmenwertschöpfungsketten erstreckt werden. Das heißt konkret, dass Firmen beachten müssen, ob der Staat im Land der Lieferkette ordnungsgemäß konsultiert hat, wenn indigene Rechte betroffen sind. Des Weiteren wäre es wichtig, dass sich die Bundesregierung in den Regierungsverhandlungen für indigene Rechte stark macht. Zum Beispiel, wenn sie von Partnerregierungen einfordert, dass sie die in der ILO-Konvention 169 verbrieften Rechte einhält. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Brand.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Ich darf im Namen der CDU/CSU den Sachverständigen für ihre Stellungnahmen danken. Und ich möchte zu Beginn auch dem Beauftragten Frank Schwabe danken und in diesen Dank auch den ersten Beauftragten, Markus Grübel, einbeziehen, der heute an der Sitzung teilnimmt. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode die Initiative gestartet, dieses neue Amt zu schaffen und aus gutem Grund auch diesen Bericht vorzusehen. Auch die Wiederbesetzung des Amtes des EU-Sonderberichterstatters für Religionsfreiheit ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Herr Bielefeldt, Sie waren einer der Pioniere in diesem Bereich und haben eine wichtige Arbeit geleistet. Ich möchte meine Fragen an Herrn Schirmmacher und

an Herrn Ottinger richten. Dass wir diese Initiative damals ergriffen haben, und ich will ausdrücklich begrüßen, dass die jetzige Bundesregierung dies fortgesetzt hat, hat ja damit zu tun, dass das Recht auf Religionsfreiheit ein zentrales Menschenrecht ist. Weil da, wo die Religionsfreiheit eingeschränkt wird, immer auch andere Rechte eingeschränkt werden; Meinungs-, Versammlungsfreiheit, viele andere. Ich möchte Sie bitten, noch mal näher auszuführen, warum denn beide Ämter, die ich gerade angesprochen habe, und der Bericht, den wir heute diskutieren, warum die so wichtig sind. Zudem möchte ich Fragen, ob Sie Empfehlungen für den Folgebericht haben. Wie sollte man dort vielleicht das eine oder andere angehen? Der Herr Schirmmacher hat in seiner Stellungnahme davon geschrieben, ich zitiere: "Vor allem müsste gerade für Deutschland die Frage beantwortet werden, wie man den gerade derzeit sehr hohen moralischen Anspruch für die eigene Außenpolitik mit einer Politik des Machbaren in Einklang bringen will". Wir sind nicht im Proseminar und haben auch nicht den Bericht und den Beauftragten, um alles wissenschaftlich zu betrachten, der Ansatz ist stattdessen, dass es am Ende eine politische Änderung gibt und dass die Ergebnisse in die Regierungspolitik einfließen. Wir erleben zum Beispiel

in China Zwangsinternate für tibetische Kinder oder Uiguren-Internierungslager und eben auch Geburtenkontrolle; aber auch auf die Christen, eine wachsende Gemeinschaft von inzwischen rund 100 Mio. Gläubigen sei hingewiesen. Ist es nicht auch so, dass wir in der praktischen Politik nicht nur über die Universalität der Menschenrechte sprechen dürfen bei öffentlichen Pressekonferenzen, sondern eben auch in den internen Gesprächen. Das muss nicht immer laut sein, wichtig ist aber, dass wir die Themen konkret benennen.

Die **Vorsitzende**: Ich bitte auf die Zeit zu achten. Jetzt haben die Sachverständigen das Wort.

SV Dr. **Richard Ottinger**: Herzlichen Dank für die Frage, Herr Brand. Zur Rolle und Wichtigkeit des



Berichts und des Amtes: Es gibt eine lebhaft Debatte hinsichtlich Berichterstatter und Beauftragter und oft gibt es Kritik, dass wir zu viele davon haben. Hier würde ich erst einmal grundsätzlich festhalten, dass ein Beauftragter eine relativ kostengünstige Variante ist, ein Thema im Blick zu halten gegenüber einem Politiker, der sich sozusagen nebenbei in einem Fachbereich so fit machen kann, dass er mehr als sprechfähig ist. Zwei Beispiele haben wir im Raum sitzen, bei Leuten, die vielleicht genuin schon mit Religion was zu tun hatten, aber die jetzt ganz sicher noch einmal sprechfähiger sind zu dem Thema, als sie das vielleicht vor dem Amt waren. Also das erstmal grundsätzlich. Der zweite Punkt wäre, wie bereits angesprochen, fehlt es uns an gutem Monitoring.

Es gibt Einiges, aber oft ist das sehr identitätspolitisch getrieben, böse gesprochen. Oder anders: Aus verschiedenen Intentionen heraus hat man jeweils nur seine eigene Gruppe im Blick. Was auch richtig und wichtig sein kann, um eine Gesamtübersicht über den aktuellen Ist-Zustand zu haben, interreligiös und geografisch: Es gibt es nach wie vor relativ wenig Berichte. Daher hat der Bericht eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Er wirkt wie bereits angesprochen nach innen und nach außen. Das haben wir bei jetzt jüngsten Informationen, die bei der Finanzierung von PaRD-Netzwerken eine Rolle spielen, sehr stark im Bericht hervorgehoben. Und da darf man gerade hoffen, dass die Finanzierung weitergeht. Da scheint der Bericht schon seine Wirkung zu zeigen und da kann ich die Wichtigkeit einer sehr jungen Evidenz direkt deutlich machen. Hinsichtlich des Amtes muss man feststellen, dass, wenn man sich mit Religionspolitik und Religionsfreiheit in Deutschland befasst, die Ansprechpartner immer weniger werden. Wir haben ein immenses Nachwuchsproblem und das parteiübergreifend. Das hängt auch mit der Säkularisierung zusammen, weil natürlich selbstverständlich ist, dass man sich, eher für die Dinge einsetzt, die einem biografisch mitgegeben wurden und zu denen man in irgendeiner Weise einen Bezug hat. Bei einer Gesellschaft, die immer weniger religiös ist und die gleichzeitig auch immer weniger religiöses Wissen mitbringt, ist es

dann nachvollziehbar, dass die Motivation geringer ist, sich für Themen wie Religionspolitik und Religionsfreiheit einzusetzen. Wie bereits gesagt, zur Religionsfreiheit gehört Weltanschauungsfreiheit, für diesen Teil müssen wir werben. Als letzter Punkt noch: An den Nachwuchs müssen wir herantreten, da müssen wir werben. Vielleicht habe ich später dazu Gelegenheit, das weiter auszuführen. Sodann wären zwei Dinge extrem wichtig: Erstens muss der Beauftragte nicht nur für die Themen werben, sondern er muss auch dafür werben, dass Religion an sich einen Eigenwert hat, jenseits der Instrumentalisierung. Es ist vollkommen legitim, dass man als Politiker darüber nachdenkt, wie man Religion für gewisse Ziele einsetzen kann, ob das SDGs sind, ob das sicherheitspolitische Erwägungen sind, ob das migrationspolitische Erwägungen sind. Das ist vollkommen legitim. Aber am Anfang muss immer eine grundsätzliche Akzeptanz des Eigenwerts der Religion stehen, weil erst dann ein authentischer Dialog mit eben den Partnerländern oder den einzelnen Partnerorganisationen oder den einzelnen religiösen Menschen überhaupt funktioniert. Ganz praktisch im Dialog merkt man, ob jemand gerade nur daran interessiert ist, weil er ein Ziel verfolgt oder ob er der Eigentlichkeit der Sache einen Eigenwert zuschreibt. Und abschließend gilt es dann, den Beauftragten grundsätzlich zu stärken, personell und finanziell. Der Blick nach Amerika ernüchtert auch. Das werden wir sicher nicht so stark aufstellen können, wie das unsere amerikanischen Kolleginnen und Kollegen tun. Es wäre aber wünschenswert, dass wir uns wenigstens in die Richtung bewegen. Dahingehend würde ich mir auch eine bessere institutionelle Zusammenarbeit wünschen, so wie sie bekannterweise zwischen dem AA und BMZ oft gelingt. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr Erzbischof Thomas Schirmacher, bitte.

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirmacher**: Es gibt eine Menge guter Gründe, einen Beauftragten zu haben, auf nationaler Ebene, auf europäischer Ebene und auf UN-Ebene, wo Herr Bielefeldt tätig



war und dies in sehr guten Händen fortgeführt wurde. Ich möchte als erstes etwas erwähnen, was oft nicht erwähnt wird: Forschung. Nur wenn es Beauftragte gibt, werden auch Daten erhoben. Und ein moderner Staat, eine moderne Gesellschaft, braucht Daten. Es reicht nicht in den Medien hier eine Geschichte und da eine Geschichte darzustellen. Wir brauchen effektive Informationen. Die beschaffen Beauftragte, sei es der UN-Beauftragte, in dem er direkt in ein Land reist und die Rechte hat. Sei es in Ihrem Falle, weil sich plötzlich die Botschaften mit dem Thema beschäftigen und etwas über die Religion im Land sagen müssen. Und möglicherweise arbeitet in der Botschaft keiner, der religiös-musikalisch ist. In dem Moment aber, in dem von ihnen erwartet wird, etwas zu sagen, wird ihnen klar, dass sie in einem sehr religiösen Land leben. Da spielt das eine sehr große Rolle. Das darf man nicht unterschätzen. Wir hätten eine Menge Informationen schlicht und einfach nicht, wenn es diese Ämter und diese Berichte nicht gäbe, die das jetzt sozusagen gerichtsfest machen. Zweitens – jetzt gehe ich ans ganz andere Ende. Es gibt kaum ein Menschenrecht, was so von so vielen Menschen unmittelbar gefühlt wird. Ob ein Muslim das Empfinden hat, dass er hier in einem freien Land lebe, wird sehr selten mit der Frage der Folter zu tun haben. Obwohl wir froh sind, dass in unserem Land nicht gefoltert wird und nicht gefoltert werden darf, ist das eine sehr seltene, unmittelbare Erfahrung. Wie über die religiöse Kleidung von Muslimen geredet wird, das mag einen unmittelbar scheinbar nicht betreffen, für die Muslimen bedeutet es aber enorm viel, ob sie hier willkommen sind oder nicht. Und jetzt bringen wir das ins Ausland. Wenn ich in Saudi-Arabien bin und mit Religionsführern oder der Regierung rede, bin ich froh, dass ich diesen Bericht habe, weil darin auch etwas über Islamophobie in Deutschland steht. Da ist Deutschland nicht einfach das christliche Land und Saudi-Arabien das islamische, sondern es kann dokumentiert werden, wir beschäftigen uns mit dem, was wir selbst machen. Und der Anspruch, den wir an Saudi-Arabien haben, wenn es um dieses Thema geht, der gilt auch für uns. Wir erfüllen selbst diesen Check. Gefühlt ist es

ungeheuer wichtig, respektiert zu werden, in dem wie sie sind. Es wird immer wieder erwähnt, dass nun mal die meisten Länder der Erde nicht nur eine hohe Zahl religiöser Menschen haben, sondern oft auch eine sehr hohe Zahl hochreligiöser Menschen, für die die Fragen, wie wir über ihre Religion reden, sehr viel damit zu tun haben, ob wir überhaupt im Dialog mit Ihnen sein können. Damit bin ich bei der Außenpolitik: Die Religions- und Weltanschauung garantiert in vielen Ländern, dass wir nicht nur mit den anderen Staaten reden, sondern auch mit der Zivilgesellschaft, die in vielen Ländern sehr religiös ist. Das ist ein Einstieg in einem Land wie Saudi-Arabien oder Kasachstan und in allen diesen Ländern mit einer religiösen Zivilgesellschaft, die tonangebend ist, ins Gespräch zu kommen. Ich bin Co-Präsident von *Religions for Peace*. Die heißen nicht zufälligerweise einfach Religionsdialog, sondern Religions for Peace mit einem klaren Ziel. Und ich glaube, das muss für Deutschland ganz wesentlich sein, sich klarzumachen, dass in vielen Ländern ein gesellschaftlicher Dialog nur möglich ist mit einem religiösen Dialog. Ich habe in meinem Bericht eine Menge zu den indigenen Völkern geschrieben; da ist das hier ein schönes Beispiel, weil fast überall haben Muslime oder Christen gleichzeitig einen erheblichen Anteil an den indigenen Völkern. Und wenn sie nicht in Dialog kommen, ist es ungeheuer schwierig, in den Ländern Veränderungen zu bewirken. Und so ein Bericht, wie wir ihn jetzt haben, der öffnet die Tür dafür.

Die **Vorsitzende**: Ich möchte alle bitten, sich an die vereinbarten Redezeiten zu halten. Jetzt hat das Wort Herr Lucks.

Abg. **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sachverständige. Wir haben gerade eine Debatte über Beauftragte gehört. Diese Debatte ist berechtigt und sie ist auch richtig und wir haben auch einen sehr guten Beauftragten. Ich möchte nur Eines dazu sagen: Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Debatte dazu führt, dass wir



unsere Verantwortung als Menschenrechtspolitikerinnen und Menschenrechtspolitiker vergessen. Denn das Recht auf Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Und deshalb haben wir alle die Aufgabe, auch dafür zu sorgen, dass dieses Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit gewährleistet wird. Ich habe zwei Fragen genau dazu an Frau Veiler. Meine erste Frage wäre: Könnten Sie noch einmal etwas zu den Ursachen von Antisemitismus sagen? Auch etwas zu israelbezogenem Antisemitismus. Meine zweite Frage ist: Die Jüdische Studierenden-Union Deutschland setzt sich ja sogar nicht nur in diesen schwierigen Zeiten, was schon schwer genug ist, für die eigene Religionsgemeinschaft ein, sondern auch für andere Gemeinschaften, die zum Beispiel von islamistischem Terror betroffen sind, wie die Jesiden. Vielleicht können Sie in dieser Hinsicht auch noch mal sagen, was Ihre Erwartung an die Bundesregierung ist. Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Bielefeldt. Wir haben jetzt viel über Religionsfreiheit gesprochen. Das ist auch richtig, aber der Beauftragte und der Bericht haben ja noch einen zweiten Aspekt, nämlich die Weltanschauungsfreiheit, also die Freiheit auch nicht zu glauben. Können Sie eine Einschätzung geben, warum dieses Recht, nicht zu glauben, eigentlich in der Debatte ein Stück weit hinten runterfällt? Danke.

Die **Vorsitzende**: Frau Veiler, Sie haben das Wort.

Sve **Hanna Veiler**: Vielen Dank für die Frage. Wenn wir über die Ursachen des Antisemitismus sprechen, da können wir sehr lange darüber sprechen und streiten. Es gibt verschiedene Standpunkte dazu. Ich möchte einmal damit anfangen, dass wir häufig, gerade in Deutschland, kein Grundverständnis dafür haben, wie Antisemitismus funktioniert und was seine genauen Wirkungsweisen sind. Antisemitismus ist nicht nur eine Form der Diskriminierung und des Ausschlusses basierend auf einer bestimmten Religionszugehörigkeit, sondern Antisemitismus ist eine Weltanschauung. Es ist eine Art und Weise, sich die Welt zu erklären und diese Welt zu unterteilen. Antisemitismus, antisemitische

Codes, Bilder und Narrative sind auch etwas, womit wir alle aufwachsen, womit wir alle leben, was wir unterbewusst oder bewusst aufnehmen. Ganz wichtig ist auch zu sagen, dass Antisemitismus in diesem Land schon immer da und noch nie weg war. Auch das ist, glaube ich, häufig nicht im Bewusstsein der Menschen verankert. Wir alle tragen diese Codes und diese Narrative mit uns mit. Und diese Codes können sehr schnell, wenn wir bestimmte Bilder, wenn wir bestimmte Erzählungen hören, reaktiviert werden. Das passiert vor allem dann, wenn wir in gesellschaftlich unsicheren Zeiten leben, wenn wir Krise nach Krise durchleben und Menschen nach einfachen Erklärungen für komplizierte Zusammenhänge suchen. Jüdinnen und Juden dafür verantwortlich zu machen bzw. die jüdische Gemeinschaft an den Pranger zu stellen für diese Krisen, ist ganz häufig eine einfache Erklärung, die Menschen sozusagen in einem antisemitischen Weltbild Schutz gibt und etwas gibt, woran sie sich festhalten können, was dann als Erklärung dient. Gerade wenn wir über israelbezogenen Antisemitismus sprechen, sehen wir eigentlich genau das: Menschen werden sozialisiert mit antisemitischen Codes, mit antisemitischen Mustern, indem einfach nur einzelne Wörter verändert werden. Statt über die Juden zu sprechen, spricht man dann von den Zionisten, die Strippen ziehen, die dafür verantwortlich sind, dass es keinen Weltfrieden gibt und so weiter. Und das ist etwas, was auf einen fruchtbaren Boden trifft, weil das auf diese Codes und Narrative, die alle über die eine oder andere Art und Weise aufgenommen und nicht dekonstruiert haben, trifft. Israel wird dabei zur Projektionsfläche für diese Erzählungen und den tiefsitzenden Hass und die eigene Sozialisierung in antisemitischen Denkmustern. Zur zweiten Frage: Die jüdische Studierenden-Union arbeitet sozusagen nicht nur für sich, sondern versucht auch immer wieder auf ihre Alliierten und andere Minderheiten in ähnlichen Situationen aufmerksam zu machen. Ich habe vorhin schon von den Wirkungsweisen des Antisemitismus gesprochen. Die Wirkungsweise unterscheidet sich von den Wirkungsweisen des Rassismus. Andererseits haben wir dennoch viele Studien, die genau





zeigen, dass dort, wo Antisemitismus aufkommt, dort wo antisemitische Denkmuster und Weltbilder aufkommen, meistens auch andere Formen des Hasses, der Hetze, der Diskriminierung vorhanden sind. Jemand, der antisemitisch denkt, ist in der Regel auch rassistisch. Auch die Manifeste rechtsextremer Attentäter der vergangenen Jahre und Jahrzehnte machen das ganz deutlich. Für uns ist wichtig, wir können Antisemitismus nicht allein bekämpfen. Wir müssen ihn in seinen spezifischen Formen bekämpfen. Aber gegen Antisemitismus zu kämpfen bedeutet auch, dass wir anderen Minderheiten und gefährdeten Communities, die ähnliche Lebensrealitäten haben und die ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind, die Hand reichen und zusammen stärker sind.

Die **Vorsitzende**: Herr Prof. Bielefeldt.

SV Prof. Dr. **Heiner Bielefeldt**: Vielen Dank. Ich würde unterscheiden zwischen der negativen Religionsfreiheit und der positiven Weltanschauungsfreiheit. Das ist nicht genau dasselbe, das ist bei den Phänomenen manchmal nah beieinander. Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie sagen, dass über die Weltanschauungsfreiheit vergleichsweise wenig gesprochen wird. Ich würde sagen, über die negative Religionsfreiheit wird erstaunlich viel gesprochen. Es ist nämlich nur bei der Religionsfreiheit so, dass die negative Komponente, die bei allen Freiheitsrechten dazugehört, immer wieder zum Thema gemacht wird. Es gibt auch die negative Meinungsfreiheit, also mit anderen Worten, die Freiheit, die Klappe zu halten. Es gibt die negative Versammlungsfreiheit, die Freiheit, bei einer Demo nicht mitzumachen. Es gibt die negative Koalitionsfreiheit, nicht einer Gewerkschaft beizutreten. Ich habe selten gehört, dass das thematisiert wird. Bei der Religionsfreiheit erinnere ich mich an zahllose Debatten, ich bin sicher, das kennt Thomas Schirmacher genauso: „*You are talking about freedom of religion. What about freedom from religion?*“ Das wird dann wie ein eigenes Recht propagiert: *Freedom from*

*religion*. Dazu sage ich, dass dies in der Religionsfreiheit längst enthalten ist, weil es in der Logik eines jeden Freiheitsrechts, immer heißt: Die Freiheit, etwas zu tun, ist die Freiheit, es eben auch nicht zu tun. Freiheit von Ehe und Familie heißt übrigens auch, zölibatär zu leben, aber ein eigenes Menschenrecht auf Zölibat habe ich selten gehört. Bei der Religionsfreiheit sehen wir genau dieses, was, wie ich glaube, Ausdruck eines Missverständnisses ist. Das ist schon angesprochen worden, dass die Religionsfreiheit oft missverstanden wird, als würde sie gleichsam das Sakrale befestigen wollen, den Status der Religion. Nein, es ist ein Menschenrecht. Negative Religionsfreiheit kommt meines Erachtens stark vor. Die positive Weltanschauungsfreiheit, das heißt, eine Freiheit, auf die sich auch bekennende Atheisten, Agnostiker, Humanisten und andere berufen könnten, ist bislang ziemlich wenig profiliert. Das hat vielleicht historische Gründe, dass sich dieses Menschenrecht historisch anhand von religiöser Differenz entwickelt hat. Weltanschauliche Differenz kam historisch später dazu. Es hat, glaube ich, vor allem aber den Grund, dass Weltanschauungsgemeinschaften wenig organisiert sind. Weltanschauliche Freiheit ist kaum eine organisierte Freiheit in unseren Breiten. Am stärksten ist das der Fall in Norwegen. Norwegen hat eine, sagen wir einmal, sehr ausdifferenzierte Szene von organisierten, nicht-religiösen Weltanschauungsgemeinschaften, die die Debatte auch sehr stark prägen. Das hat übrigens paradoxerweise als Hintergrund die alte und mittlerweile nicht mehr existierende norwegische Staatsreligion; die Staatsreligion, die eigentlich den Protestantismus favorisierte, sollte für die anderen Kompensationen schaffen. Und das hat für die Atheisten, die sich dort meistens Humanisten nennen, aber sich wirklich atheistisch verstehen, die Anreize gegeben, sich zu organisieren. In Norwegen ist das sozusagen eine sehr hochentwickelte Debatte. Bei uns ist es eine wenig entwickelte Debatte und weltweit ist sie insgesamt wenig entwickelt. Ich glaube, hier könnte man in der Tat noch Dinge etwas mehr herausarbeiten; hier gibt es noch eine Menge Potenzial. Mittlerweile gibt es auch, analog zu



Open Doors mit der Christenverfolgung, Berichte zu Atheistenverfolgung, die jedoch kaum bekannt ist. Hier könnte man methodische Fragen aufwerfen – die würde ich aber in alle Richtungen dann immer wieder aufwerfen. Aber Sie haben vollkommen recht, diese Komponente ist unterentwickelt, aus historischen Gründen, aber auch mangels tatsächlich entsprechender organisierter Lobbyarbeit. Da wäre noch einiges zu machen.

Die **Vorsitzende**: Herr Braun, bitte.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, vielen Dank an die Experten für ihre verschiedenen Informationen und Darlegungen. Der Bericht, der jetzt vorgelegt worden ist, hat 116 Seiten. Der letzte Bericht, veröffentlicht 2020 von unserem Kollegen Grübel, hatte 164 Seiten und beschäftigte sich stärker mit Religionsfreiheit und mit dem Kern der Religionsfreiheit. Es ging sehr stark auch um Blasphemiegesetze und Antikonversionsgesetze, etwas, was ich jetzt so in dieser Form vermisse. Mir ist nicht klar, warum die indigenen Völker hier so einen großen Platz einnehmen. Es gibt nämlich bei den indigenen Völkern nicht nur irgendwelche einzelnen Religionen, sondern eben Bekenntnisse – das hat Dr. Schirmacher auch vorhin angedeutet, zu den großen Religionen immer wieder. Da ist irgendwie ein Fremdkörper dabei und das leitet über zu meinen Fragen an Herrn Dr. Machek. Die erste Frage ist, was diese ethnische Komponente mit dem Begriff der Religionsfreiheit zu tun hat, wo man doch in Deutschland oder auch in Mitteleuropa diese ethnischen Komponenten versucht zu vermeiden in Bezug auf indigene Völker, die hier leben und die Begrifflichkeit in vielerlei Weise problematisiert wird. Und dann die Frage: Was sagt es über unsere Regierung aus, dass die weltweit am meisten verfolgte Religionsgruppe so nicht deutlich benannt wird in diesem Bericht. Wo sehen Sie da Veränderungsbedarf in einem zukünftigen Bericht?

SV Mag. Dr. **Christian Machek**: Danke schön. Zu den indigenen Völkern: Es ist es eine Schwerpunktsetzung, die der Regierung freisteht. Im Bericht heißt es selbst, es ist nicht ganz klar, wer indigene Völker sind. Gehören die europäischen Völker vielleicht auch dazu? Kurze Anmerkung - Aber der wichtige Punkt, der mir hier sehr fehlt, ist das Thema Christenverfolgung. Gerade eben wurde Open Doors zitiert, da gibt es einen Weltverfolgungsindex. Über 360 Mio. Christen werden aufgrund ihres Glaubens verfolgt. 5.621 Christen werden aufgrund ihres Glaubens getötet. Vielleicht aus aktuellem Anlass: Ein sehr bekannter Bischof, Mar Mari Emmanuel wurde vor kurzem in Sydney des Lebens bedroht, wurde attackiert mit einem Messer. Mir ist nicht klar, und ich bedauere es sehr, dass die Bundesregierung hier keine Schwerpunktsetzung hat, das Thema Christenverfolgung sehr stiefmütterlich behandelt. Es gibt einen Antisemitismus, man redet auch von Islamophobie, aber das Wort Christophobie scheint noch überhaupt nicht bekannt zu sein. Ich muss auch vielleicht deutlicher sagen: Es gibt auch einen Christenhass. Zur Frage, woher das kommt, zunächst eine kurze Anmerkung: Die Religionsgemeinschaft, die relativ klein ist, die am meisten Diskriminierung und Verfolgung erleiden muss, ist die jüdische, aber in absoluten Zahlen, die ich gerade auch genannt habe, ist es die christliche. Ich habe vorhin schon die Frage andeuten wollen: Wie hält es die Regierung mit der Religion, vielleicht auch mit der eigenen christlichen Religion. Ich lasse die Frage einmal so stehen. Leider, was eben möglich wäre und zu wünschen wäre, ist eben das Thema Christenverfolgung weltweit anzusprechen. Sicher, ich sage es noch einmal, kann eine Regierung, eine deutsche Bundesregierung, auch nur bestimmte Maßnahmen setzen, aber sie sollte eben bestimmte Prioritäten setzen. Zum Beispiel ist es gut möglich - ich habe es schon angedeutet, der österreichische Bericht zur Religionsfreiheit, zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit, hat viele Einrichtungen eingeladen, die sich mit dem Thema Christenverfolgung beschäftigen. Erwähnt wurden *Open Doors*, Kirche in Not und *Alliance Defending Freedom (ADF)*, Christen in Not. Die



könnte man vielleicht auch einmal einladen. Wie gesagt, die österreichische Vorgängerregierung hat zur jetzigen auch gesagt, sie will sich für alle verfolgten Religionsgemeinschaften einsetzen, aber insbesondere auch für die der Christen. Das wäre wünschenswert. Ein positives Beispiel vielleicht noch: Ungarn. Dort gibt es eine eigene staatliche Einrichtung für verfolgte Christen. Vielleicht auch noch eine grundsätzliche Überlegung: Wenn wir über die Menschenrechte reden, soll vielleicht gesagt werden, dass diese Menschenrechte immer Abwehrrechte sind und nicht Anspruchsrechte. Woher kommen diese Menschenrechte? Sie wurzeln in einem Begriff der Menschenwürde, so wie es ja auch im Bonner Grundgesetz heißt, und die Würde ist unantastbar. Philosophisch müsste man immer die Frage stellen, wie werden diese Rechte bzw. die Würde begründet? Und hier ist gerade auch die Religion sehr wichtig und insbesondere die christliche bzw. auch die jüdische. Es gibt dieses biblische Verständnis der Gottesebenbildlichkeit. Dort, wo wir Christen haben, haben wir in der Regel unter anderem auch mehr Demokratie und Achtung der Menschenwürde.

Die **Vorsitzende**: Jetzt hat das Wort Herr Heidt.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Sachverständige, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Aktuell ist nicht nur Passah-fest, es ist heute auch der Jahrestag des Genozids an den Armeniern. Einer der ersten oder der erste große Genozid des letzten Jahrhunderts, der religiös motiviert war. Insofern ist es sehr gut, dass wir uns heute über diesen Bericht der Bundesregierung austauschen. Ich möchte mich an der Stelle auch bedanken bei allen Sachverständigen, die in den Stellungnahmen herausgearbeitet haben, wie wert-voll dieser Bericht ist, wie umfassend, und dass er eben nicht nur die christliche Verfolgung, sondern sehr viel Verfolgungen darstellt. Ich finde es auch sehr gut, dass die indigenen Völker an den Anfang gestellt sind, weil jeder Bericht eigene Schwerpunkte setzen kann. Es wird noch weitere Berichte geben, darin wird man vielleicht einen neuen

Schwerpunkt finden. Insofern finde ich das sehr gut, dass das so gemacht wird. Meine Fragen würde ich gern an Frau Veiler und Herrn Prof. Schirrmacher stellen. Viele Menschen äußern sich und protestieren hinsichtlich des Konflikts zwischen Israel und Gaza. Wie kann nach Ihrer Meinung eine Diskussionskultur gefördert werden, die Kritik an staatlichen Institutionen und terroristischen Organisationen erlaubt, während sie religiöse Aspekte außen vor lässt? Die strenge Religiosität, die sich manchmal im extremistischen Islam zeigt, beeinflusst mittlerweile auch hier in Deutschland Schulen. Es gibt Fälle von Islamismusverdacht an Kölner Schulen. Wie können nach Ihrer Auffassung unser Staat und Schulbehörden dieses Problem angehen und wie können wir als Gesellschaft Verantwortung übernehmen? Und dann die letzte Frage: Sind es gerade Regierungen, die zum Zwecke des eigenen Machterhalts eine friedliche Koexistenz von Religionsgemeinschaften verhindern und diese gezielt gegeneinander ausspielen? Indien ist ein schönes Beispiel. Wie kann es gelingen, Religionsgemeinschaften für diese Manipulation zu sensibilisieren und Toleranz zu fördern? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Bitte schön, Herr Schirrmacher.

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirrmacher**: Wenn ich mit dem Heiligen Land anfangen: Bei einem Konflikt dieser Art ist es meines Erachtens völlig undenkbar, die religiöse Komponente herauszuhalten. Denn es ist nun einmal so, wir haben mit Extremisten in den drei abrahamitischen Religionen zu tun. Bei der Hamas ist es ganz offensichtlich: Die Hamas hat insgesamt sieben Mal verhindert, dass die Palästinenser Frieden geschlossen haben, indem sie u. a. die Zwei-Staatenlösung behindert haben. Auch jetzt war ein wesentlicher Punkt, Saudi-Arabien daran zu hindern, einen Friedensvertrag zu schließen. Wir haben natürlich auch in Israel religiöse Extremisten, wir nennen sie dann Nationalreligiöse. Ihr Gedanke, wir schmeißen eine Atombombe auf Gaza, hat mit Hamas gemeinsam, dass auch unzählige Juden dadurch



sterben. Genau wie unzählige Muslime sterben, wenn die Hamas angreift. Diesen Extremismus finden wir auch beim russischen Patriarchen, im christlichen Lager, bis hin zum evangelikalen Lager – bei Menschen, die sehr viel Einfluss haben. Wenn man das angehen will, dann reicht es nicht, das nur zu thematisieren. Wenn wir die religiösen Führer, die zum Frieden bereit sind, nicht gewinnen, sich damit zu beschäftigen und davon zu distanzieren, erreichen wir nichts. Mit diesen allen dreien ist kein Geschäft, ist kein Frieden, ist nichts zu machen. Wir sehen das sehr schön, wenn ich an den Heiligen Vater denke, der versucht mit dem russischen Patriarchen noch halbwegs nett umzugehen. Der Riss geht durchs Christentum, er geht zwischen den Extremisten in unserer eigenen Religion, denen das Leben anderer Menschen nichts wert ist und Extremisten in anderen Gruppen. Das ist ein zentrales Thema, warum wir den Religionsdialog brauchen. PaRD, um nur ein Beispiel zu nennen, beinhaltet auch, dass christliche, jüdische, hinduistische religiös engagierte Menschen mit muslimischen engagierten Menschen zusammenarbeiten und eine Basis da ist, auf der man über vieles gemeinsam reden kann, was woanders nicht geht. Religions for Peace habe ich schon erwähnt. Sie können davon ausgehen, alle Top-religiösen Führer sind prinzipiell für Frieden; das ist ein Schlüssel, der dazugehört. Gleichzeitig muss man aber auch sehr deutlich Werbung dafür machen. Es ist kein Wettlauf zwischen den Religionen. Eine Lösung kann nur, wie bei uns, Trennung von Kirche und Staat beinhalten. Wir brauchen in allen Religionen die Bereitschaft, ein Mindestmaß von einer Politik, einem Staat, der nicht eine bestimmte religiöse Form zum Maßstab erhebt. Das heißt, wir brauchen auf allen Seiten demokratische Kräfte, die die Menschenrechte anderer akzeptieren. Und das ist die enorme Herausforderung im Heiligen Land, die ich allerdings nicht für vergeblich halte. Ich bin gerade in Saudi-Arabien gewesen. Es ist erstaunlich, wie genau hochrangige muslimische Führer wissen, dass eine ganz grundsätzliche Änderung notwendig ist, weil sonst ein gemeinsames Leben kaum noch möglich ist – nicht nur im Heiligen Land.

SVe **Hanna Veiler**: Wenn ich da direkt anschließen darf. Ich habe die Frage nicht so verstanden, was die Lösung wäre, um den palästinensisch-israelischen Konflikt zu lösen und alle Religionen zu vereinen, sondern als Frage danach, wie wir es eigentlich schaffen, hier in Deutschland einen Dialog und einen Diskurs über die hoch angespannte politische Lage im Nahen Osten, um das milde auszudrücken, schaffen können. Ich glaube, wichtig ist erst einmal festzuhalten, dass wir durchaus über mehr als bloß einen Konflikt zwischen Religionen sprechen, wenn wir uns Israel und Gaza oder die palästinensischen Gebiete ansehen. Ich habe manchmal den Eindruck, das wird dargestellt wie ein Konflikt zwischen den Juden und den Muslimen, den Israelis und den Palästinensern. Das ist es nicht, und da steckt auch sehr viel mehr dahinter. Es ist in erster Linie ein Konflikt von Demokratie, Weststaatlichkeit, Rechtsstaat gegen Terrororganisationen und anti-moderne, autoritäre Bewegungen. Wenn wir in Deutschland schaffen wollen, dass wir über dieses Thema sprechen können, dann gibt es gewisse Grenzen, die einfach nicht mehr überschritten werden können. Einerseits glaube ich schon, dass wir nicht Israel und Gaza, also die Hamas und die israelische Regierung, auf eine Stufe stellen können, weil wir in dem einen Fall tatsächlich von einer Terrororganisation sprechen und im anderen Fall sprechen wir über eine rechte bis hin zu rechtsextreme Regierung; aber auch über ein Parlament und eine Gesellschaft, die extrem divers ist, die durchaus auch verschiedene politische Richtungen, sowohl jüdisch als auch israelisch-arabisch darstellt. Ich glaube, das geht im Diskurs häufig unter. Wir sprechen nicht von Terrororganisationen gegen ein autokratisches Regime, sondern es geht immer noch um eine Demokratie, die sich zwar negativ entwickelt, aber immer noch eine Demokratie ist. Wir brauchen in Deutschland klare Regeln, die nicht überschritten werden können. Immer wieder, wenn es um sogenannte Israelkritik geht, ist das häufig ein Deckmantel für israelbezogenen Antisemitismus. Man kann sich antisemitisch äußern und im nächsten Satz dann sagen, ich bin kein Antisemit, ich kritisiere nur die Kriegsführung Israels.



Natürlich dürfen wir in einer Demokratie Regierungen und Kriegsführung und anderes kritisieren. In der Regel passiert das aber nicht, wenn jemand behauptet, israelkritisch zu sein. Und ich glaube, dass das ein grundlegendes Missverständnis ist, dass wir einen grundlegenden Mangel daran haben, wie wir israelbezogenen Antisemitismus begreifen und dass wir auch einen Mangel daran haben, wie die Situation zwischen Israel und Palästina bzw. Gaza oder den palästinensischen Gebieten einzuordnen ist. Die Tatsache, dass wir immer noch Gruppen und Organisationen in diesem Land haben, die von legitimem Widerstand sprechen, zeigt schon, wie viel eigentlich fehlt an Wissen und Expertise, wenn es um diesen hochkomplexen Konflikt geht. Wie stark Antisemitismus hier in Deutschland verankert ist. Und es zeigt sich vor allem auch Propaganda des iranischen Regimes und es zeigt sich auch Propaganda der ehemaligen Sowjetunion, die Hauptexporteur antizionistischer Propaganda war, die bis heute weiterhin hält und jetzt auf fruchtbarem Boden in den Diskursen um den Konflikt zwischen Israel und Gaza trifft. Historisches Wissen, historisches Verständnis, Verständnis von dem Kontext, Verständnis davon, was der 7. Oktober bedeutet, was israelbezogener Antisemitismus bedeutet, die Anerkennung der IRA-Definition als die einzige in-frage kommende Antisemitismus-Definition. All das sind Dinge, die eine Grundvoraussetzung dafür sein müssen, dass wir ein Gespräch anfangen können, das durchaus israelische Politik und Kriegsführung kritisieren kann und sollte, bzw. darf. Ein Gespräch, das durchaus solidarisch mit palästinensischer Zivilbevölkerung sein kann. Aber ohne diese Grundlagen können wir dieses Gespräch nicht führen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir kommen nun zu einer zweiten Frage und Antwortrunde. Das Wort haben Frau Engelhardt und Frau Sthamer.

Abg. **Heike Engelhardt** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte dem Berichterstatter Frank Schwabe ganz besonders danken, gerade für die Schwerpunktsetzung. Religions- und Weltan-

schauungsfreiheit zu gewähren und auch die kulturelle Identität zu schätzen ist, denke ich, ein ganz wesentlicher Beitrag. Ich möchte den Blick auf Lateinamerika lenken und meine Frage richtet sich an Frau El Berr. Wir sehen, dass indigene Gruppen eine bedeutende Rolle bei demokratischen Transformationsprozessen spielen. Gerade in Guatemala stammen ungefähr 50 Prozent der Bevölkerung aus indigenen Gruppen. Die 48 Kantone halfen über den Pakt der Korrupten ganz entscheidend mit, dem sozialdemokratischen Präsidenten Arévalo zum Sieg zu verhelfen. In Chile waren indigene Gruppen proportional beteiligt an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Das hat zwar aus anderen Gründen nicht funktioniert, aber die Verfassung war ziemlich progressiv ausformuliert. Das sind zwei Beispiele, die einfach zeigen, dass indigene Gruppen auch sehr stark für die Demokratie arbeiten können. Mich interessiert, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten Sie zur Stärkung der Demokratie sehen, mit besonderem Blick auf die Länder Lateinamerikas.

Abg. **Nadja Sthamer** (SPD): Herr Bielefeldt, in einem Sachstand des Wissenschaftlichen Dienstes aus dem Januar 2024 steht, dass seit dem Jahr 2000 massive Finanzströme von Rechtskonservativen, vor allen Dingen aus den USA, in evangelikale Aktivitäten geflossen sind. Damit wird viel auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch in anderen Regionen, zum Beispiel in Brasilien, ganz gezielt Politik gemacht. Meine knappe Frage wäre, was passiert, wenn unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit gegen Menschenrechte, gegen Grundrechte vorgegangen wird. Wie bewerten Sie das?

Die **Vorsitzende**: Frau El Berr, Sie haben das Wort.

Sve Dr. **Sandy El Berr**: Vielen Dank. Die Frage, die jetzt eben aufgeworfen wurde, inwiefern indigene Völker eine wichtige Rolle bei demokratischen Transformationsprozessen spielen, ist natürlich eine äußerst wichtige.



Indigene Völker haben seit ihrer Kolonialisierung sehr stark unter Unterdrückung und Marginalisierung gelitten. Und das hat sich auch fortgesetzt mit der Gründung der Nationalstaaten. Hier ist von besonderer Wichtigkeit, dass indigene Völker auch eigene Organisationsprozesse in Gang gesetzt haben, von denen sie auch sehr viel lernen können. Diese Organisationsprozesse sind auf unterschiedlichen Ebenen anzusiedeln. Sowohl auf lokaler Ebene, zum Beispiel bei den 48 Kantonen in Guatemala, wo eigene Selbstverwaltungsstrukturen errichtet und basisdemokratische Strukturen etabliert worden sind, die innerhalb ihrer Gemeinden gelten. Und ich denke, dass gerade auch der guatemaltekische Staat mit dem Pakt der Korrupten, der bis zur Wahl des neuen Präsidenten Arévalo das Land praktisch beherrscht hat, eine ganz wichtige Gegenalternative dargestellt hat. Dasselbe ist zum Beispiel auch in Peru zu beobachten. Peru ist leider auch ein Land, in dem demokratische Institutionen nach und nach abgebaut werden, wo die Rechtsstaatlichkeit in Gefahr ist und in dem auch das organisierte Verbrechen immer stärker wird. Das hält Einzug in die Ministerien, in die Gerichtshöfe, in die Staatsanwaltschaften und so weiter. Indigene sind auch sehr stark bedroht von den illegalen Goldsuchern und der Staat unternimmt nichts. Von daher ist es auch wichtig, dass die indigenen Völker vor Ort Strukturen aufgebaut haben, um ihre Rechte zu verteidigen. Sie sehen das allerdings nicht nur im Sinne von einer Abkapselung und Verteidigung der eigenen Rechte, sondern das ist ein wichtiger Beitrag auch für demokratische Strukturen innerhalb der südamerikanischen Länder. Auch für Europa, wenn wir darüber reden, wie wir unsere demokratischen Strukturen weiterentwickeln, gibt es da bestimmt sehr spannende Ansätze. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Prof. Bielefeldt.

SV Prof. Dr. **Heiner Bielefeldt**: Danke schön für die Frage. Verletzungen anderer Menschenrechte im Namen der Religionsfreiheit – das war die Frage. Wie geht man damit um? Antwort: Erstmal genau hinsehen und dann entstehen neue Fragen. Bei genauem Hinschauen kann sich zeigen, und

ich würde sagen, es zeigt sich oft, dass eine Verletzung im Namen der Religionsfreiheit nur sehr vordergründig mit Religionsfreiheit zu tun hat; dass kein substanzieller Anspruch an Religionsfreiheit dahintersteht. Beispiel: Wir hatten auch in der UNO lange Zeit eine völlig abstruse Gefechtslage, wo drakonische Blasphemiegesetze, die es in vielen Ländern gibt, von Indonesien, über Pakistan, Saudi-Arabien bis Russland, im Namen einer vermeintlichen Religionsfreiheit -. Das sah dann so aus, dass die Meinungsfreiheit auf der einen Seite, die Religionsfreiheit auf der anderen Seite stehe. Ich würde die Religionsfreiheit dann aber in ganz große Anführungszeichen setzen. Das ist eine verdrehte, verkehrte Religionsfreiheit; eine absichtlich missverstandene: Eine Vorstellung, wonach das Recht die Religion zu schützen habe, die Ehre der Religion, die Ehre der Religion gegen lästerliche Rede, gegen Kritik, gegen Meinungsäußerungen. Da muss man sagen, die Religionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht der Menschen, und übrigens von dorther ziemlich nahe an der Meinungsfreiheit, ziemlich nahe an der Versammlungsfreiheit. Das kann man sogar in Zahlen ausbuchstabieren: in Deutschland Artikel 4 und Artikel 5 und in der UNO Artikel 18 und Artikel 19. Der erste Schritt wäre folglich zu schauen, ob es sich tatsächlich um Religionsfreiheit handelt. Oft wird man feststellen, dass es nicht der Fall oder nicht genau festzustellen ist. Es kann sich bei näherem Hinsehen aber auch herausstellen, dass es tatsächlich um einen nachvollziehbaren Anspruch von Religionsfreiheit handelt, der dennoch kollidiert. Das passiert im Kontext von Menschenrechten: Rassismusbekämpfung kann mit Meinungsfreiheit kollidieren; Forschungsfreiheit kann kollidieren mit Datenschutz, was auch ein Menschenrechtsanspruch ist. Dann geht es darum, die kontextuell angemessene Lösung zu finden. Das sind manchmal Kompromisse, manchmal auch Prioritätensetzungen, aber immer auch im Wissen, wie Religionsfreiheit geht, wenn es um das sogenannte Forum externum geht. Das bedeutet, wenn es um eine Religionspraxis geht, die Auswirkungen auf Dritte hat, ist die Religionsfreiheit nicht absolut geschützt, dann können auch Einschränkungen unter Umständen gerechtfertigt werden. Wichtig ist hierbei, dass



man da sehr sorgfältig herangeht, sonst wird viel Substanz abgeräumt, wenn man zu schnell den Konflikt unterstellt, den Konflikt gar zum Nullsummenkonflikt aufbaut, indem Menschenrechte im Namen von Menschenrechten abgeräumt werden. Dies geschieht bei der Religionsfreiheit sehr oft; zum Teil, weil man nicht weiß, was da läuft, zum Teil auch mit strategischem Interesse. Hier müssen wir aufpassen, die Schrankenbestimmungen, die auch die Religionsfreiheit kennt, sehr vorsichtig und sehr genau interpretieren, um eine Lösung zu finden. Bei kontextspezifischen Konflikten ist es wichtig, keinen abstrakten Antagonismus herzustellen, der die Religionsfreiheit beispielsweise generell gegen Gender, generell gegen Meinungsfreiheit stellt. Dabei verlieren alle Seiten, während die Autokraten gewinnen.

Die **Vorsitzende**: Herr Rachel bitte.

Abg. **Thomas Rachel** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Für rund 88 Prozent der Weltbevölkerung ist Religion etwas sehr Wichtiges. Leider hat sich die Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in den letzten Jahren deutlich verschlechtert und ist in vielen Ländern existenziell bedroht. Religionsfreiheit darf aber nicht nur für eine Religion, sondern muss letztlich für alle Religionen gelten, das ist mir noch mal wichtig zu sagen nach einer Bemerkung, die vorhin hier gefallen ist. Wir sehen, dass immer mehr religiöse, ethnische Minderheiten politisch diskriminiert werden, aber zum anderen auch, dass Religion leider auch für Konflikte instrumentalisiert wird und als Brandbeschleuniger missbraucht wird. Meine Fragen richten sich zuerst an Prof. Schirmmacher. In welchem Maße kann die Bundesrepublik durch die Förderung des interreligiösen Dialogs als wirksames Instrument zum Frieden beitragen und welche Rolle kann und muss dabei PaRD spielen? Zweite Frage an Herrn Prof. Schirmmacher. Welchen politischen Ansatz verfolgen Sie, wenn wir auf der einen Seite Menschenrechte und Religionsfreiheit bewahren und stärken wollen, aber andererseits Politik nicht im politikfreien Raum stattfindet, sondern auch außen- und wirtschaftspolitische, realpolitische Aspekte zu beachten hat. Wir sehen beispielsweise, dass in China mit Xi Jinping seit

2013 es für alle Religionen immer schwieriger geworden ist. Trotzdem sind wir politisch und wirtschaftlich in engem Austausch mit China. Zwei Fragen an Herrn Dr. Ottinger. Erstens: Wie bewerten Sie die Berücksichtigung des religiösen Kontextes sowie Beteiligung der Religionsgemeinschaften in den Programmen der aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik? Und zweitens: Welche Rolle spielt die Religionsfreiheit im Kontext der so bezeichneten Feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik? Herzlichen Dank.

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Bei der ersten Frage geht um den Dialog, beispielsweise PaRD. Der erfolgreichste Religionsdialog ist der, bei dem man ein gemeinsames Ziel verfolgt. Ein Religionsdialog, in dem wir theoretisch über das Verhältnis der Menschenrechte zur Religionsfreiheit philosophieren, bringt meistens nicht besonders viel. PaRD hat die große Stärke, dass es um Entwicklungsziele geht. Die 17 Ziele der UN sind diesmal, bei den früheren Zielen war es anders, unter den Religionen ziemlich unumstritten. Sie stehen größtenteils in einer Linie mit dem, was Weltreligionen auch befürworten. Dieses gemeinsame Ziel, Leute zusammenzubringen aus den verschiedenen Weltreligionen, die aktiv sind, hat einen enormen Effekt. Warum? Weil es die Sache verschiebt, weil viele dieser Organisationen traditionell nur für ihre eigenen Leute aktiv sind. Eine große muslimische Organisation hilft nur muslimischen Flüchtlingen und es ist dieser Dialog, der ermöglicht wird, der das anfängt zu verschieben. Dass man miteinander für alle da ist. Warum ist der Staat da so wichtig? Sagen wir, es ist oft dabei die Frage: Wer finanziert die ganze Sache? Religiöse Organisationen, auch große Organisationen, haben oft eine Menge Geld und haben da eine Menge zu sagen. Meine Erfahrung ist, dass ein vornehm aus dem Hintergrund staatlich konzertierter Dialog der erfolgreichste ist. Weil er dafür sorgt, dass keine der Religionen, groß oder klein, die Einladende ist. Ich bin oft bei solchen Dialogkonferenzen, wo Saudi-Arabien das größte Hotel anmietet und das nächste Land noch ein größeres Hotel benötigt. Dann wird das von einer völlig anderen Agenda dominiert. Dort, wo der Staat vorsichtig aus dem Hintergrund hilft und moderiert und finanziell verantwortlich ist



und es ein gemeinsames Ziel gibt. Das ist das, was bei PaRD so durchschlagende Kraft hat. Nun müssen gemeinnützige Organisationen laut Gesetz auch immer beweisen, dass sie Deutschland was nützen. Ich kann Ihnen sagen, es gibt kaum etwas, was einen so guten Ruf über Deutschland verbreitet, weltweit, wie PaRD. Alle Insider wissen, dass eine Menge Staaten involviert sind. Kanada trägt, glaube ich, 5 000 Dollar pro Jahr bei, und Deutschland ermöglicht das eigentlich. Das hat einen enormen Effekt auf die Zusammenarbeit von Religionen. Und Religionsfreiheit setzt nun einmal immer auch voraus, dass die Religionen selbst es wollen. Wenn die katholische und evangelische Kirche erklärte Feinde der Religionsfreiheit wären und hier wieder 30-jährigen Krieg spielen würden, könnten wir debattieren, solange wir wollten, die würden so viele Leute motivieren, sich wieder die Köpfe einzuschlagen mit Protestanten. Dialog gewährleistet das. Zur zweiten Frage nach der Außenpolitik und der Realpolitik. Es geht um das reale Leben von religiösen Menschen und deswegen ist es für die Betroffenen keine Lösung, blumige Formulierungen zu bekommen, sondern Lösungen zu schaffen, die wenigstens gewisse Möglichkeiten haben. Wir haben zum Beispiel als Protestanten in Saudi-Arabien dafür gesorgt, dass die koptische Kirche als erste Kirche einen öffentlichen Gottesdienst durchführen kann. Die Protestanten haben vor Ort keine Rechte und trotzdem ist es eine enorme Hoffnung, wenn das möglich ist. Dann gehen wir einen Schritt weiter und ich glaube, dass die Religionsdialoge, Einsatz für Religionsfreiheit, bei aller Notwendigkeit deutlich zu reden, auch Realpolitik der kleinen Schritte braucht. Ich erinnere mich, welchen Effekt das immer hatte, wenn Frau Merkel in China war, dass sie immer gesagt hat, sonntags bin ich in einem Gottesdienst.

Die **Vorsitzende**: Herr Ottinger, bitte.

SV Dr. **Richard Ottinger**: Herzlichen Dank für die Frage. Zum Religionsverlust innerhalb der Handlung der aktuellen Bundesregierung. Das ist tatsächlich, man kann es eigentlich nur tragisch nennen, weil es uns sehr viel Gestaltungsspielraum nimmt. Das hat sich bereits innenpolitisch schon angedeutet, wenn wir an die

Entfernung des Kreuzes aus dem Münsteraner Rathaus zum G7-Treffen denken. Das hat man mitbekommen bei der Kreuz- und Bibelzitate-Debatte beim Berliner Stadtschloss und das hat sich dann auch leider in der Außenpolitik weiter wie eine rote Linie durchgezogen. Da sei nur darauf verwiesen, dass wir heute vermutlich gar nicht hier sitzen würden, wenn die Opposition nicht so viel Druck gemacht hätte, dass das Amt überhaupt nachbesetzt wird. In Bezug auf PaRD ist es und war es weiterhin ein Thema. Auch da sieht man, dass in der Außenpolitik Religion eher unter Sonstigem abgehandelt wird. Konkret sieht man das Ganze bei den Strategiepapieren. Sie haben die feministische Außenpolitik angesprochen. Mir ist wichtig zu betonen, dass Feminismus natürlich immer eine Rolle spielen muss innerhalb der Außenpolitik und innerhalb der Entwicklungspolitik. Wer die Frauenperspektive nicht mit einbezieht, beschneidet sich des Weltbildes und verpasst die Wirklichkeit. Und ich finde auch die Schüsse, die zum Teil auf die feministische Außenpolitik gerichtet sind, nicht sachlich. Es ist wichtig und richtig, darüber zu sprechen. Aber es verwundert dann schon sehr, dass religiöse Frauen quasi nicht vorkommen und dass es eher unter einer Auflistung von Kultur, Gesellschaft und Religion vorkommt. Das ist dann schon verstörend. Das Gleiche gilt übrigens auch für die feministische Entwicklungsstrategie, auch die Afrika-Strategie dahingehend. Da ist es nicht nur problematisch, weil man seine religiöse Unkenntnis zeigt, sondern weil man auch den Partnerländern eigentlich signalisiert, dass man von ihrer Lebenswelt und im Menschenbild letztlich keine Ahnung hat und so die Realität ausblendet. Das zieht sich dann weiter, je mehr man sich umhört. Wir haben ein institutionelles Konkurrenzverhältnis, habe ich manchmal das Gefühl. Ich bin auch nur Außenbetrachter - aber wie das AA und das BMZ miteinander umgehen, wie in der Führungsriege des BMZ und des AA offensichtlich Religion klein gehalten wird. Dann gibt es noch sehr fähige Referentinnen und Referenten, die versuchen, das Thema nach oben durchzudrücken, aber da scheinen die Institutionen auch intrinsisch gegeneinander zu arbeiten; das hatten wir schon mal besser. Wenn ich da an Gerd Müllers Strategiepapier „Religion als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“ denke,





wenn ich da an Frank-Walter Steinmeier als Außenminister denke und sein Referat Außenpolitik und Religion, dann hatte Deutschland schon mal eine Führungsrolle im Kampf für Menschenrechte im Kontext von Religion in der Außenwahrnehmung. Die Evidenz sammelt sich dann einfach, wirkt einfach befremdlich und irgendwie auch eine Ecke ideologisch, wenn ich ganz ehrlich bin. Im Neokolonialismus könnte man jetzt ein schnittiges Argument bauen bei Themen, die sonst eher der SPD und den Grünen besonders wichtig sind; soweit würde ich nicht gehen. Ich will auch ein gewisses Verständnis dafür demonstrieren, dass man natürlich mit Religion hadern kann, weil Religionen es einem oft auch nicht leicht machen, irgendwie dafür Sympathien zu hegen, gerade wenn man sie oberflächlich betrachtet. Es wird aber hochproblematisch, wenn man selbst am Machthebel sitzt und sich aufgrund seiner ideologischen Brille erkenntnistheoretisch einer gesamten Realitätsdimension beschneidet und einfach sagt, Religiosität klammern wir hier aus. Es widerspricht nebenbei auch noch dem Koalitionsvertrag. Da steht nämlich drin: Wir stärken den Bereich Religion und Außenpolitik. Das ist de facto nicht passiert. Abschließend möchte ich festhalten, dass das Säkulare nicht zur Norm erhoben wird, weil es dann eben in Ideologie rutscht. Es ist auch nicht im Sinne eines Gutmenschentums, wenn es hier darum geht, dass Religion mit eingebunden wird, sondern Deutschland beraubt sich grundsätzlich seiner Gestaltungsspielräume, wenn wir so handeln und damit sollten wir aufhören. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Lucks, bitte.

Abg. **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde zunächst noch einmal gerne auf einen Aspekt eingehen, den Frau Veiler in ihrem Eingangsstatement angesprochen hat, nämlich die Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland durch verlängerte Arme des Irans. Die Synagoge in Bochum, wo es diesen Anschlag gab, befindet sich in meinem Wahlkreis. Ich würde gerne wissen, was sind Ihre Forderungen, um diese Bedrohungslage hier in den Griff zu bekommen? Welchen Institutionen müssen wir entgegentreten, was ist zum Beispiel Ihre Meinung

zum Islamischen Zentrum in Hamburg? Meine zweite Frage richtet sich an Frau El Berr. Ich würde gerne wissen, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass sich aus der Ratifizierung der ILO 169 durch Deutschland unmittelbare extraterritoriale Verpflichtungen ergeben. Das ist eine sehr interessante Analyse an der Stelle. Vielleicht könnten Sie darlegen, wie Sie zu dieser Herleitung kommen. Vielen Dank.

SVe **Hanna Veiler**: Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, es ist wichtig, damit anzufangen, dass, wenn wir über die vom Iran ausgehende Gefahr sprechen, wir unterschiedlich gefährdete Gruppen haben. Wir haben einmal die jüdische Gemeinschaft auf der ganzen Welt, die unmittelbar durch die iranischen Revolutionsgarden und die Islamische Republik gefährdet sind. Wir haben aber auch europäische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die vom Iran in den Iran zurückverschleppt worden sind und weiterhin im Iran in Gefangenschaft verbleiben. Und das zeigt deutlich, dass die Islamische Republik sich überhaupt nicht davor scheut, auch europäische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger anzugreifen, und das am Ende des Tages für sehr viele Gruppen, die in diesem Land und auf diesem Kontinent leben, eine immense Gefahr darstellt. Die Forderungen, die sich daraus ergeben; die Hauptforderung habe ich ganz am Anfang erwähnt. Es kann nicht sein, dass wir mit dem Wissen um die Gefahr, die von der Islamischen Republik ausgeht, weiterhin Institutionen in diesem Land haben, wie das Islamische Zentrum in Hamburg, die die Propaganda des iranischen Regimes unter Menschen bringen können, unter junge Menschen bringen können und daran nicht gehindert werden. Auf der anderen Seite haben wir in den vergangenen Jahrzehnten und vor allem in den letzten Jahren nochmal verstärkt aus der iranischen, diaspotischen Community von jüdischen Gemeinden die Forderung gehört, die Sanktionen noch mehr zu verstärken. Wenn das nicht funktioniert, dann müssen wir über eine Einstellung, oder bzw. einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen Deutschlands zum Iran sprechen. Ich glaube, der 7. Oktober hätte der Ausschlaggebende, der letzte Tropfen sein müssen, um diese Beziehungen nochmal viel



stärker zu überdenken, bis hin dazu, sie abzubrechen. An der Beziehung zwischen Deutschland und dem Iran hat sich seit dem 7. Oktober nur minimal etwas verändert und das kann nicht sein. Der Iran ist der Geldgeber der Hamas, der Iran ist der ideologische Lenker der Hamas. Ohne den Iran hätte der 7. Oktober nicht passieren können. Wir, als Land, das sich zuschreibt, dass es die eigene Staatsräson ist, solidarisch mit Jüdinnen und Juden und Israel zu sein, können nicht hinnehmen, dass das die Lebenswirklichkeit ist, in der Jüdinnen und Juden de facto keine Religionsfreiheit haben, weil man Angst davor haben muss, in die Synagoge zu gehen; weil man Angst davor haben muss, dass es zu einem Anschlag der iranischen Revolutionsgarden kommen könnte, wie es in Bochum fast der Fall gewesen wäre.

Die **Vorsitzende**: Frau El Berr, Sie haben das Wort.

SVe Dr. **Sandy El Berr**: Danke. Ich werde jetzt auf die extraterritorialen Staaten noch einmal kurz eingehen. In den Maastrichter Prinzipien wird schon auf die extraterritorialen Staatenpflichten hingewiesen, und zwar in Bezug auf die WSK-Rechte, das heißt die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Und demnach muss ein Staat auch auf legislative Weise Menschenrechte außerhalb seines Staatsgebietes schützen. Das besagt das Prinzip 24 zum Beispiel. Das heißt, Gesetze und regulatorische Maßnahmen müssen darauf abzielen, dass Menschenrechte auch nicht von privaten Akteuren beeinträchtigt werden. Dadurch, dass die ILO-Konvention 169 auch Teil des Menschenrechtskanons ist, sollte auch die ILO-Konvention angewendet werden. Das bedeutet, dass diese extraterritoriale Staatenpflicht gilt, wenn es eine Verbindung gibt zwischen dem Unternehmen und dem Hoheitsgebiet des Staates. Sprich, wenn deutsche Unternehmen mit Sitz in Deutschland im Ausland tätig werden. Und hier haben wir auch einen Bezug zu den Lieferketten. Das heißt, das deutsche Lieferkettengesetz erwähnt bislang noch nicht die ILO-Konvention. Die ist allerdings schon rechtskräftig seit 2022 und deswegen wäre es hier auch wichtig, dieses Prinzip ganz konkret anzuwenden. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Herr Braun, bitte.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank für das Wort. Vielen Dank auch für die erneute Runde der Experten, die doch, denke ich, sehr viel Interessantes beigetragen haben. Der Punkt „Menschenwürde“ ist im Grundgesetz ein entscheidender. Dort heißt es, die Menschenwürde bindet die nachfolgenden Grundrechte; sie bildet quasi eine Art Grundlage für die nachfolgenden Grundrechte im Grundgesetz. Welche Definition, Herr Dr. Machek sehen Sie im Bereich Menschenwürde als passend, hier auch gerade in der Begrifflichkeit Religionsfreiheit, wenn man das dorthin leitet? Und, was sehen Sie im Konflikt bei den Vorstellungen von indigenen Völkern mit deren Tradition, deren Auffassung und der moderner Menschenrechtsvorstellung im Bereich Tribalismus, in der Abwägung Familie, Ehe, Homosexualität; alle diese Dinge, dieses Spannungsverhältnis. Oder kann man sagen, weil sie für die Biodiversität wichtig sind, laut Bericht der Bundesregierung, kann man über andere Menschenrechtsvorstellungen locker hinweggehen? Und dann schließlich ein Punkt, den würde ich an Sie beide richten, Herr Machek und Prof. Schirmmayer, weil Herr Schirmmayer doch sehr optimistisch geklungen hat zu Gesprächen in Saudi-Arabien. Wie sehen Sie die Entwicklung im Bereich Menschenrechte zur Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam, die immer komplett unter dem Vorbehalt der Scharia steht und wo ansonsten keine Rechte existieren. Wie sehen Sie das heute? Welche Möglichkeiten, welche Potenziale sehen Sie da?

SV Mag. Dr. **Christian Machek**: Danke schön für die Fragen. Dem Herrn Kollegen Ottinger sehr beipflichtend und damit auch Kritik an dieser Bundesregierung äußernd - er sprach gerade eben von einem Religionsverlust. Der Säkularismus kann nicht die einzige Norm sein. Wir haben gehört, 85 Prozent der Menschheit sieht die Religion positiv. In dem Zusammenhang muss ich bedauernd zum Ausdruck bringen, dass eine Partei hier nicht vertreten ist, aber das liegt vielleicht daran, dass sie zur Religion eben nichts zu sagen hat. Zum „Begriff der Menschenwürde“ vielleicht die Frage, was ist die Menschenwürde?



Da gab es vor ein paar Tagen eine Stellungnahme vom Vatikan mit dem Titel “Dignitas infinita”; darin hat der Papst genau gesagt, wo die Menschenwürde aktuell bedroht ist. Nämlich bei der Abtreibungsproblematik, Leihmutterchaft, Euthanasie, Gendertheorie und Transsexualität. Aus aktuellem Anlass kann ich vielleicht kurz zur schwierigen Abtreibungsfrage ein paar Gedanken äußern: Eine Frau hat kein Recht über die Folgen einer Abtreibung informiert zu werden. Hat das Ungeborene kein Recht auf Leben? Hat eine Frau nicht das Recht, ihr Leben lang nach einer Abtreibung vom Leiden der Folgen einer Abtreibung verschont zu werden? Man kann hier klar erkennen, dass der Vatikan eine ganz andere Vorstellung hat von Menschenwürde als diese Bundesregierung und es ist sehr zu bedauern, in welche Richtung hier gewisse Entwicklungen gehen, wenn man bedenkt, dass in Deutschland 14-Jährige einfach selbst entscheiden können, welches Geschlecht sie haben. Vielleicht auch zur Gendertheorie: Ja, es gibt ein soziales Geschlecht, aber es gibt auch ein biologisches und ich möchte hinzufügen auch ein metaphysisches Geschlecht. Mit diesem Wertekanon, den diese Regierung leider hat, die vielleicht mit dem Christentum nicht ganz kompatibel ist – auch hier meine Kritik an dieser Sache, die ich Menschenrechtsimperialismus genannt habe – dass man eben eine Sensibilität braucht in Bezug auf die indigenen Völker; nicht ein falsches Menschenrechtsverständnis anderen aufzuzwingen will, andere belehren will, dass die vielleicht gar nicht haben wollen. Oder anders gesagt, dass eben indigene Völker ganz andere Wertvorstellungen haben als, ich sage dieses Wort jetzt “woke” politische Richtungen hier im Westen, auch bezüglich des Antisemitismus, Sie haben den Islam angesprochen und ein Menschenrechtsverständnis, dass hier die Kollegen nicht teilen, wie es im Islam gesehen wird, dass eben der Scharia eindeutig der Vorrang gegeben wird vor Menschenrechten. Wir werden – auch eine Bundesregierung – den Islam nicht ändern können. Auch hier nur zur Mahnung, dass man identifizieren sollte, genauso wenig wie es das Judentum gibt, gibt es das Christentum, auch den Islam gibt es nicht. Ich sehe hier, dass die Regierung in ihrem Bericht das Thema etwas ausspart, nicht ganz ansprechen will. Auch hier gibt es eine gewisse Prioritätensetzung. Man ist

nicht für die ganze Welt zuständig und eine deutsche Bundesregierung wäre vor allem zuständig für das eigene Land, für das eigene Volk und da gibt es Dinge im Islam, die man kritisch sehen kann, aber die muss man sich vielleicht nicht ins Land holen. Da muss ich auch wieder differenzieren: Es gibt Muslime, die auswandern und sich wunderbar integrieren, aber es gibt da auch ein Problem, Kollegin Veiler hat es auch deutlich gemacht, mit dem Antisemitismus im Islam und Dingen, die wir nicht tolerieren wollen.

Die **Vorsitzende**: Herr Prof. Schirmmacher, bitte.

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Ich habe nicht gesagt, dass ich einen generellen Optimismus habe mit muslimischen Führern an sich, so wie ich keinen generellen Optimismus mit christlichen Führern an sich habe. Ich habe stattdessen gesagt, dass hinter den Kulissen viel mehr in Bewegung ist als man denkt und wir brauchen den Dialog auch im Bereich des Islams mit den islamischen Führern, die zur Änderung bereit sind. Warum? Meine Frau hat in ihrem Buch Islam und Demokratie beschrieben, dass in vielen Bereichen Menschenrechte eine größere Chance in der islamischen Welt hätten, wenn es die religiösen Führer nicht gäbe. Man erinnert sich an unser Grundgesetz, katholische Abgeordnete haben eine wesentliche Rolle bei der Religionsfreiheit gespielt. Der Vatikan war noch, sagen wir vornehm, am Schlafen oder schlimmer und hat dann also noch 15 Jahre oder 20 Jahre gebraucht, bis er genau das, was die Katholiken in unser Grundgesetz mit hineingeschrieben haben, dann plötzlich zum Glaubensinhalt erklärt hat. Der Haupthinderungspunkt in der islamischen Welt sind leider Gottes religiöse Führer selbst – und da muss der Dialog ansetzen. Ich nehme mal ein anderes Beispiel: der russisch-orthodoxe Patriarch. Mit ihm persönlich zu reden, das habe ich gemacht. Jetzt redet er mit niemandem mehr. Das ist verlorene Liebesmüh, aber da gibt es tausende von anderen Bischöfen und manchmal geht das schief. Wir haben mit dem Stellvertreter und eigentlich dem vorgesehenen Nachfolger des Patriarchen sehr viel geredet. Da hat er sich gegen den Krieg ausgesprochen. Jetzt ist er ein unwichtiger Bischof in Ungarn, was nicht ausschließt, dass er vielleicht in zehn Jahren doch



einmal der Nachfolger wird. Und das ist die Erfahrung, dass am Beispiel Saudi-Arabien, die Staatsführung des Landes hinter den Kulissen die Hoffnung hat, dass wir die Religionsführer umstimmen umzudenken. Und das ist ein Bereich, in dem sehr viele aktiv sind. Ich bin jetzt gerade in Katar gewesen, wo die Ausweisung der Hamas plötzlich zum Thema wurde. Das hat nicht nur mit Politik zu tun, sondern auch mit den Gesprächen mit den muslimischen Führern. Auch in Katar sind diese es leid, pausenlos damit identifiziert zu werden, was die Hamas macht, da sich die Hamas nun in all den Gesprächen überhaupt nicht rührt. Und auch nicht mal eine Geisel freigibt, damit es wenigstens so aussieht. Da man im Voraus nicht weiß, wer bereit ist, sich zu ändern, muss man diese Gespräche führen. Religionen sind nicht in Stein gemeißelt; es sind Menschen. Meine Erfahrung ist, dass viele der muslimischen Führer, die scheinbar nie ihre Meinung ändern, auch nie mit irgendjemandem geredet haben, der tief religiös ist, aber eine ganz andere Auffassung vertritt. Und rein durch die Gespräche fangen sich Dinge an zu verändern und das ist ganz wesentlich. Ich sage nochmal, wesentlich ist dabei auch, dass die Politik das nicht dominiert, nicht konzertiert, aber aus dem Hintergrund ermöglicht. Das ist in meinem Fall: Ganz konkret, wenn ich ein Land bereise, bin ich darauf angewiesen, dass die Botschaften einen netten Brief schreiben. Was da alles nötig ist, – und da setze ich tatsächlich sehr viel Hoffnung hinein – weil ich das konkret erlebt habe von obersten religiösen Führern, die Dinge eingesehen haben. Beim Heiligen Land geht jetzt die Diskussion, wie das gehen soll. Es gibt eine Lösung nur, wenn die drei abrahamitischen Religionen und eine säkulare Lösung – Israel ist ja zur Hälfte ein völlig säkularer Staat – nur wenn da eine gemeinsame Lösung gefunden wird. Wo soll die herkommen, wenn jede Religion für sich sagt: Nein, das ist mein Land und jemand anderes sollte hier nicht leben. Vielen Dank.

Abg. **Renata Alt** (FDP): Für die FDP würde ich gerne die Fragen stellen. Meine erste Frage richtet sich an Frau Veiler, und zwar würde ich von Ihnen gerne wissen Wie können die Bundesregierung und unsere wertebasierten Partner gemeinsam dem international zunehmenden Antisemitismus wirkungsvoll

begegnen, gerade im UN-Kontext? Wir haben hier sehr viel über die UN gesprochen und gemeinsame Gespräche. Was sind Ihre Vorschläge? Meine weitere Frage richtet sich an Herrn Professor Bielefeldt. Herr Professor Bielefeldt, Sie erwähnen in Ihrer Stellungnahme, dass in hochautoritären Staaten die Kontrolldichte zum Teil so groß ist, dass es durchaus gelingen kann, Berichterstattung über menschenrechtliche Vorfälle zu verhindern. Das erleben wir hier tagtäglich bei den Uiguren in China und deshalb würde mich interessieren, welche weiteren autoritären Staaten und subsequent welche religiösen Minderheiten sollten mehr Aufmerksamkeit der religiösen Gemeinschaft erfahren? In einer Ihrer Stellungnahmen erwähnen Sie den interessanten Punkt, dass man bei mutmaßlichen und tatsächlichen Konflikten zwischen Religionsfreiheit und anderen Menschenrechten immer noch potenzielle Synergien beachten sollte. Zum Beispiel zwischen Religionsfreiheit und Geschlechtergerechtigkeit, sie nennen das Beispiel des staatlich durchgesetzten religiösen Familienrechts, welches reformiert werden muss. Können Sie uns weitere Beispiele für solche potenziellen Synergien nennen?

Sve **Hanna Veiler**: Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, wir müssen damit anfangen, dass wir feststellen müssen, dass es ein klares sogenanntes Bias innerhalb der Vereinten Nationen Israel gegenüber gibt. Das sehen wir an zahlreichen Beschlüssen. Das sehen wir daran, wie viele UN-Resolutionen es zur Verurteilung Israels gibt. Im Vergleich dazu, wie viele Resolutionen es zur Verurteilung autoritärer Regime gibt. Das Verhältnis ist absolut unausgewogen. Das bedeutet, Israel befindet sich in einer ziemlich komplizierten Lage innerhalb der UN. Wenn Sie danach fragen, was die Rolle Deutschlands in dieser Situation ist, dann kann man die Frage auf einfache Art und Weise beantworten: Dass die Staatsräson Deutschlands die Solidarität mit Israel ist, darf nicht weiterhin eine Floskel sein, es braucht diese uneingeschränkte Solidarität tatsächlich. Israel braucht Deutschland an seiner Seite und sieht Deutschland auch in den vergangenen Monaten besonders an seiner Seite. Ich möchte vor allem auch darauf hinweisen, dass die Staatsräson Solidarität mit Israel häufig doch nur Worte sind und es dann nur bei Worten



bleibt; erst heute kam die Meldung kam, dass die Bundesregierung beschlossen hat, die UNRWA weiterhin zu fördern und zu unterstützen. Das ist ein Problem, an dem man das erkennt. Wir haben Belege dafür, dass die UNRWA bzw. Strukturen und Ressourcen von UNRWA unmittelbar in den Terror des 7. Oktobers geflossen sind, dass Mitarbeitende Verflechtungen zu Hamas haben und weiteres. Es braucht Lösungen für die Unterstützung der Zivilbevölkerung, aber die Investition in Terror kann nicht diese Lösung sein und daran sollte Deutschland sich orientieren und sich darum bemühen, tatsächlich Israel zur Seite zu stehen und weniger in Terror zu investieren.

SV Prof. Dr. **Heiner Bielefeldt**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Damit haben Sie einen ganzen Strauß von Fragen aufgeworfen, ich muss es kurz machen. Zuerst einmal, was die hochautoritären Staaten angeht, haben wir mindestens zwei Probleme. Das eine ist das Problem der Informationsgewinnung. Das andere ist das Problem, dass möglicherweise die Kontrolle so wasserdicht ist, dass es Vorfälle, über die man berichten kann, kaum gibt. Die Leute sind eingeschüchtert und es kommt gar nicht mehr zu Verhaftungen. Viele der Verletzungen von Menschenrechten laufen gar nicht über Strafrecht, sondern über Verwaltungsrecht. Da gibt es folglich sehr trickreiche Formen, Menschen einzuschüchtern; sei es, indem man das Finanzamt gegen sie einsetzt. Für NGOs ist es äußerst schwer von außen zu berichten. Die Events sind zum Teil gar nicht mehr greifbar und dann kommt noch die Informationsproblematik dazu. Eine kurze Antwort zu der Frage, was man da machen könne. Nur einen einzigen Punkt: Auf keinen Fall der Rhetorik anheimfallen, dass es so etwas geben könnte, wie eine Unschuldsvermutung für Staaten. Die Staaten haben zu beweisen, dass sie ihre Verpflichtungen als Garanten der Menschenrechte erfüllen. Die Analogie zum Strafprozess, wo der Einzelne vor Gericht steht und der Staat die Beweislast zu tragen hat, ist vollkommen daneben. Wenn China bis heute keine unabhängige Untersuchung in den Lagern der Uiguren zulässt, dann gilt eben nicht so etwas wie Unschuldsvermutung, sondern es gilt das Gegenteil; es gilt Schuldvermutung. Es gibt klare Indizien, es gibt Satellitenaufnahmen, eine ausweichende Rhetorik und immer wieder kommt

diese verrückte Analogie – da muss man wirklich fest dagegenhalten: Die Unschuldsvermutung für Staaten gibt es nicht. Das ist ein Muster, das begegnet einem immer wieder. Der zweite Punkt: Synergien. Ich bin davon überzeugt, es gibt riesige Felder von Synergien zwischen Religionsfreiheit und Genderfragen. Es gibt natürlich auch Konflikte - und Leute, die juristisch geprägt sind, schauen immer auf die Konflikte. Die Konflikte sind zum Teil auch real; manche sind auch nur eingebildet. Für die realen Konflikte muss man Lösungen finden. Es gibt aber auch ein Riesensfeld von Synergien. Und zwar warum? Weil Menschen komplexe Wesen sind. Es ist nicht so, dass alle Schwulen, weil sie mit der katholischen Kirche negative Erfahrungen gemacht haben, dieser anschließend den Rücken kehren. Manche wollen drinbleiben. Manche wollen also anerkannt werden in ihrer sexuellen Orientierung und zugleich in ihrer Freiheit als Angehörige zum Beispiel einer Minderheit. Deshalb ist es Aufgabe der Menschenrechte sich für diesen ganzheitlichen Ansatz trotz unlegbarer Schwierigkeiten, trotz unlegbarer Konflikte immer wieder stark zu machen. Wir müssen den Menschen gerecht werden. Menschen sind komplexe Wesen. Und Ganzheitlichkeit ist keine philosophische oder esoterische Phrase, sondern der Versuch, das zu tun. Im Feld Familienrecht, da wäre ganz viel zu machen, weil Familienrechtsnormen religiöser Prägung vom Staat durchgesetzt werden. Typischerweise werden hier eine Menge Gender-Klischees transportiert, um mal die LGBTIQ-Frage kurz anzusprechen. Sie haben auch das Problem, dass der Staat die Religionsnormen mit Zwang durchsetzt, damit wird immer auch die Religionsfreiheit verletzt. Dieses Synergiepotenzial ist kaum systematisch erschlossen worden und es ist auch keine Frage der Theorie, sondern faktischer Bündnisse.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank für die Antwort. R haben noch Zeit für eine kurze Runde: Eine Frage an einen Sachverständigen, Frage und Antwort insgesamt zwei Minuten. Wer beginnt? Frau Stahmer, bitte.

Abg. **Nadja Stahmer** (SPD): Herr Bielefeldt, ich bin zuerst auf die Schwierigkeiten eingegangen,



wenn Rechte aufeinanderprallen. Nun möchte ich nochmals auf die Chancen eingehen, wenn wir über Entwicklung sprechen. Das ist auch ein Teil des Berichtes, dass vor allem das BMZ sich an PaRD beteiligt und durchaus große Chancen gerade auf lokaler Ebene bestehen. Hier sprechen wir nicht nur von der Ebene der Religionsführer, sondern der ganz lokalen Ebene, die für Veränderungen wirksam sind und für Verständigungen sorgen. Vielleicht können Sie das noch etwas beleuchten, gegebenenfalls auch die Vorteile für intersektionale Perspektiven. Wenn wir zum Beispiel über Jesidinnen sprechen, dann haben eine doppelte Marginalisierung, einmal als Religionsangehörige und auf der anderen Seite als Frauen.

Die Vorsitzende: Herr Dr. **Geissler**, bitte schön.

Abg. Dr. **Jonas Geissler** (CDU/CSU): Ich darf für die Unionsfraktion unser großes Bedauern darüber ausdrücken, dass Frank Schwabe seit ungefähr einer Stunde dem Verlauf der Sitzung nicht mehr folgt, gerade, weil wir den Bericht heute besprechen. Und jetzt würde ich an dieser Stelle eine Frage an Frau Veiler richten. Wenn Sie den Bericht lesen, haben wir nach unserem Empfinden eine Prioritätensetzung, die gerade aufgrund der Entwicklungen im letzten halben Jahr durchaus befremdlich erscheint. Jetzt halten wir es für geboten, dass wir uns auch mit der Rolle von Indigenen beschäftigen. Wir auch, dass dieser Bericht im November vorgelegt wurde. Aber das Thema Antisemitismus spielt nach unserem Empfinden eine deutlich größere Rolle. Jetzt kann man das entschuldigen, vielleicht mit dem Zeitpunkt, an dem der Bericht erschienen ist. Aber wenn wir uns die vergangenen beiden Jahre anschauen und auch die Diskussionen, die wir in der Öffentlichkeit geführt haben, dann spielt immer wieder das Thema Iran eine große Rolle; die Rolle der Frau, was auch am Ende eine Diskussion darüber ist, was Religionsfreiheit, nämlich das Recht, sich an Vorschriften einer Religion nicht zu halten, eigentlich bedeutet. Wir haben den Völkermord an den Jesiden im Bundestag anerkannt und hätten uns eine andere Prioritätensetzung gewünscht. Wir haben zum Beispiel gesehen, dass die Mittel für das Anne-Frank-Zentrum gekürzt worden wären, wenn die

Geschehnisse in Israel nicht passiert wären. Deswegen meine ganz konkrete Frage an Sie: Würden Sie sich für den nächsten Bericht auch eine andere Prioritätensetzung wünschen? Dass wir uns deutlich mehr mit dem Thema Antisemitismus in unserer Gesellschaft sowie weltweit beschäftigen? Und vor allen Dingen, was sind denn die Lehren, die wir daraus ziehen sollten, dass wir vielleicht das Thema Antisemitismus bei uns in der Gesellschaft deutlich zu wenig wahrgenommen haben, gerade wenn man die Zeit vor Oktober 2023 betrachtet?

Sve **Hanna Veiler**: Um es kurz zu fassen, ich glaube nicht, dass der Kampf gegen Antisemitismus ausklammern muss, dass man sich auch mit anderen Problemfeldern auseinandersetzt. Das kann durchaus gleichzeitig geschehen, vor allem, weil Sie die Frage nach indigenen Völkern gestellt haben. Der Kampf gegen Antisemitismus ist auch eine Beschäftigung mit den Rechten indigener Völker, weil Jüdinnen und Juden dem Land Israel indigen sind und wenn das mehr Menschen verstehen würden, hätten wir weniger Probleme. Aber zurück zur eigentlichen Fragestellung. Ich glaube durchaus, dass wir es in den vergangenen Jahrzehnten gesamtgesellschaftlich und auch politisch versäumt haben, uns konstruktiv mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Wir haben Antisemitismus immer wieder als etwas benutzt, was entweder lange in der Vergangenheit liegt, also mit einem historischen Blick darauf geschaut oder, und das sehen wir weiterhin, Antisemitismus bleibt ein Instrument, um auf das Politische gegenüber zu zeigen, um in eine andere politische Richtung zu zeigen oder auf andere Bevölkerungsgruppen zu zeigen und zu sagen, die sind das Problem. Wenn wir nicht verstehen, dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das in allen politischen Richtungen, in allen Bevölkerungsgruppen existiert, und dass wir erst einmal damit anfangen müssen, mit uns selbst, mit unserer Rolle, mit unserem Wirkungsraum; wenn wir da nicht anfangen, Antisemitismus zu begegnen, können wir den Kampf dagegen vergessen. Gleichzeitig natürlich, wie schon mehrfach erwähnt, gibt es gewisse Einflüsse auf die Ausbreitung des Antisemitismus weltweit, wie den Iran, mit Sicherheit auch in großen Teilen das Regime in Russland und so weiter, denen wir



viel zu wohlgesonnen gegenüber begegnet sind. Der Antisemitismus, der von diesen autoritären Regimen ausgeht, wurde viel zu lange von uns ignoriert und damit haben wir auch, wenn wir über den Iran sprechen, eine Menge Menschen im Stich gelassen, indem wir dem ausgewichen sind, indem es zu unbequem war, darüber zu sprechen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt hat das Wort Herr Lucks.

Abg. **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles, was Frau Veiler gesagt hat, ist richtig. Deshalb ein Hinweis zu unserer Iran-Politik: Das Problem ist: Das Mullah-Regime ist nicht erst seit 2021 an der Macht und das Mullah-Regime verfolgt auch nicht erst seit 2021 die Auslöschung Israels und den Kampf gegen jüdisches Leben. Deswegen sind wir, glaube ich, als Politik, auch immer gut beraten, gemeinsam zu überlegen, was wir gemeinsam voranbringen können aus dem Menschenrechtsausschuss; vor allen Dingen, weil auch Menschen mit CDU-Parteibuch, wie eine Kommissionspräsidentin, ebenfalls gelegentlich in Verantwortung sind. Das können wir aber bei nächster Gelegenheit fortsetzen. Ich würde gerne noch eine Frage an Frau Veiler richten. Sie haben auch die Situation jüdischer Studierender angesprochen, dass zum Beispiel Klausuren an Universitäten auf viele Feiertage fallen. Was ist da Ihr konkreter Wunsch an uns als Gesetzgeber, was wir verändern und auf den Weg bringen sollen?

SVe **Hanna Veiler**: Vielen Dank für die Frage. Tatsächlich, seit wir die Diskussion über den Antisemitismus an Hochschulen haben, ist dieses Thema logischerweise in den Hintergrund geraten. Nichtsdestotrotz ist das eine Lebensrealität und weiterhin ein sehr wichtiges Thema für jüdische Studierende. Jedes Jahr auf das Neue müssen jüdische Studierende an den höchsten Feiertagen, sowohl im Winter- als auch im Sommersemester Klausuren schreiben. Das Nichtantreten dieser Klausuren wird als Fehlversuch gewertet. Das bedeutet, dass man im schlimmsten Fall sein ganzes Studium gefährdet oder deutliche Nachteile im Verlauf des Studiums hat. Deswegen muss ich immer etwas schmunzeln, wenn wir darüber sprechen, wie der

Stand der Religionsfreiheit in Deutschland ist. Das hier ist ein Beispiel dafür, das ganz klar macht, dass wir nicht alle gleich sind; in der Lebensrealität haben wir durchaus sehr große Unterschiede. Das, was da für uns die Forderung ist, – und das sollte eigentlich einfach umsetzbar sein, aber Bildung ist Ländersache, was es schwieriger macht – wenigstens einen interreligiösen Kalender zu haben. Es ist eine völlig banale Forderung und ich kann eigentlich nicht glauben, dass ich das gerade im Bundestag benenne. Aber einen interreligiösen Kalender zu haben und darauf zu achten, bevor man relevante Termine setzt, ob an diesen Tagen nicht für Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die nicht christlich sind, Schwierigkeiten bestehen könnten, weil wirklich niemand auf die Idee kommen würde, an Weihnachten eine Klausur zu schreiben. Dies ist nicht nur ein religiöses Thema, denn man muss auch nicht religiös sein und jeden Sonntag in die Kirche gehen, um Weihnachten mit der Familie verbringen zu wollen. Bei Jüdinnen und Juden ist es genauso. Die Problematik ist hier insbesondere, dass wir an den meisten Feiertagen ein Schreibverbot haben. Es ist religiös verboten zu schreiben und das macht es so kompliziert.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Braun, bitte.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, für das Wort. Herr Dr. Machek, Sie haben die Bedeutung eines zunehmend laizistischen und atheistischen Fundamentalismus betont. Zunächst beziehen Sie sich auf sozialistische Länder wie Nordkorea, Kuba, China, aber dann deuten Sie auch an, dass ein Fundamentalismus dieser Art auch in westlichen Ländern durchaus Platz greift und eine große Bedeutung hat. Ich würde gerne die Fragestellung noch etwas erweitern. Es gibt auch Zivilreligionen - Ersatzreligionen, die politische Ideologien sind. Was ist dann zum Beispiel die Gender-Ideologie? Ist das aus Ihrer Sicht eine Weltanschauung oder ist es schon eine Art Zivilreligion? Was ist mit der Klimawandelreligion, die alles überlagert; wo ein UNO-Generalsekretär Guterres, wenn der Krieg Russlands gegen die Ukraine stattfindet, zunächst einmal über den Klimawandel als größtes Thema der Menschheit redet. Was ist da los? Die Argumentationen ähneln religiösen Formeln und



die Anbetung von Mutter Erde ist etwas, das ist weder mit dem Islam noch mit dem Christentum oder gar mit dem Judentum vereinbar in der Form, stattdessen ist es eine andere Form von Anbetung, die da stattfindet. Wie würden Sie das einordnen?

SV Dr. **Christian Machek**: Danke, es gibt diesen berühmten Satz von Chesterton: „Wer nicht an Gott glaubt, glaubt nicht nichts, er glaubt alles.“ Und auch jeden Unsinn. Wir haben gesprochen von den Ideologien und die sind immer verbunden mit einem Wirklichkeitsverlust oder anders formuliert, das sind Überzeugungen, die auch nicht wirklich kritisch hinterfragt werden und das beobachten wir leider. Ich habe gerade eben die Thematik angesprochen bezüglich des Begriffes der Menschenwürde; im Grundgesetz steht, dass diese unantastbar sein soll. Wie ich am Eingangsstatement schon gesagt habe, das Grundgesetz beginnt mit den Worten „im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott“; da hat man vielleicht durch den Glaubensverlust eine Ideologisierung und das muss ich dieser Regierung leider vorwerfen. Was damit leider auch verbunden ist, es geht ein Hochmut damit einher; wir können nicht die Probleme der Welt lösen, auch Deutschland wird das Klima nicht retten können. Hier gibt es Irrwege und falsche Prioritätensetzungen und man muss dann ein bisschen auch aufpassen, dass man vielleicht nicht mehr ganz ernst genommen wird. Deutschland wird als dem westlichen Kulturkreis zugehörig wahrgenommen und damit auch als christlich geprägt zu sein. Wenn man mit anderen Vorstellungen kommt, sind andere Teile der Welt zumindest sehr irritiert und man muss eigentlich bisschen besorgt sein, um die Glaubwürdigkeit. Ich möchte einen Gedanken kurz noch aussprechen bezüglich des Dialogs, von dem Herr Bischof gesprochen hat. Dies ist ein sehr wichtiges Thema und es gab eine sehr lobenswerte Initiative der Regierung bzw. des Außenamts unter der Regierung Merkel, einen Friedensdialog zu initiieren; genau genommen hieß dieser „Friedensverantwortung der Religionen“, zu der nicht die ersten Religionsführer eingeladen worden sind, sondern die Reihe dahinter, die Berater, die Gelehrten. Dort wurde die Möglichkeit angesprochen auf akademischer Ebene zu wirken und es gibt sehr viele Gelehrte, die wohlgesonnen

sind und auch im Sinne des Friedens und der Völkerverständigung wirken möchten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Heidt, bitte.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank. Vorab: Ich glaube, dass diese Bundesregierung und die sie tragenden Parteien den Iran sehr wohl im Blick haben und dass wir sehr intensiv über weitere Maßnahmen sprechen. Ich wünsche mir manchmal auch eine etwas höhere Geschwindigkeit, aber Sie wissen auch, dass es innerhalb Europas auch gewisse Probleme gibt und wir versuchen auch andere europäische Länder ins Boot zu holen. Der Kollege Lucks hat schon darauf hingewiesen, man hätte auch schon in Ihrer Regierungszeit mehr machen können und deshalb würde ich mir wünschen, dass Sie eher uns unterstützen, als Parteipolitik zu betreiben. Ich würde gerne Frau Sandy El Berr etwas fragen. Frauen sind zunehmend weiteren oder größeren gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt; Pakistan ist hierfür leider ein schlimmes Beispiel. Da spielt es auch im Prinzip keine Rolle, ob das jetzt Christen sind oder Ahmadiyyas. Nach meiner Auffassung bedingen sich Religionsfreiheit und Frauenrechte gegenseitig und diese Bundesregierung und wir als Koalition betreiben insofern eine werteorientierte, eine feministische Außenpolitik. Würden Sie sagen, dass dieser grundsätzliche Ansatz, den wir gewählt haben, der richtige Ansatz ist, um für Frauenrechte und Religionsfreiheit gemeinsam zu kämpfen? Im Übrigen begrüße ich Frank Schwabe wieder in unserer Runde; vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Frau El Berr, Sie haben das Wort.

SVe Dr. **Sandy El Berr**: Vielleicht noch einmal kurz zur Hintergrundinformation. Ich bin eher als Expertin für indigene Völker geladen, von daher habe ich keine konkrete Expertise zur Lage in Pakistan. Ich möchte aber ganz kurz generell darauf eingehen. Die werteorientierte und feministische Außenpolitik ist natürlich sehr wichtig. Menschenrechte sind unteilbar und auch Frauenrechte spielen eine große Rolle. Gerade in Staaten, in denen Frauenrechte verletzt werden, ist ein sehr sensibler Ansatz notwendig. Das heißt





aber nicht, nur weil Frauenrechte in einem Land, wie Pakistan oder in anderen Ländern auf der Welt, nicht eingehalten werden, dass wir als Deutschland dieses Thema nicht ansprechen und nicht behandeln; sondern ganz im Gegenteil. Sehr wichtig ist eine sensible Herangehensweise mit unterschiedlichsten Akteuren; gerade mit der Zivilgesellschaft, zusammenzuarbeiten. Das ist sehr wichtig. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Die Runde war kürzer, als wir berechnet haben. Das heißt, wir haben jetzt noch ungefähr 15 Minuten für eine Sammelrunde. Ich würde der Reihe nach beginnen mit der SPD. Haben Sie keine Fragen? Dann frage ich, wer noch welche Fragen hat? Ansonsten habe ich jetzt noch eine Frage.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Dann frage ich gerne Prof. Schirmmacher und auch Herrn Ottinger. Ich möchte mich auf die SDGs der Vereinten Nationen beziehen. Das ist ein wichtiges Ziel, was uns auch eint. Warum ist es für die Erreichung der SDGs unabdingbar, religiöse Partner in der ganzen Welt auf Augenhöhe zu begegnen und was ist die Grundvoraussetzung dafür? Herrn Bielefeldt würde ich eigentlich auch gern dazu noch hören.

SV Erzbischof **Thomas Schirmmacher**: Ich würde sogar umgekehrt einen Schuh daraus machen: Es hat ja früher schon UN-Ziele gegeben, die im religiösen Bereich als sehr säkular oder sogar antireligiös empfunden wurden. Die 17 Ziele, die wir jetzt haben, sind so – ob ich Kirchen besuche, ob ich in der islamischen Welt unterwegs bin, sie haben in Sekunden überall einen Bibelvers, einen Koranvers dazu gebracht. Das ist etwas, was sehr massive Unterstützung bekommen kann. Ich würde sagen, die Bundesrepublik hat ganz bewusst den Weg gewählt, dass Religion etwas sehr Öffentliches ist. Wir sind nicht Frankreich. Religion ist nicht in den privaten Bereich abgedrängt. Wir wollen, dass keine Religion den Staat dominiert. Wir haben diese Trennung, aber Religion ist ein sehr öffentlicher Teil der Zivilgesellschaft, ein sehr zentraler Teil der Zivilgesellschaft und das spiegelt sich auch wider. Das Besondere an diesen 17 Zielen ist diesmal,

dass es nicht die UN mit den Staaten ist, sondern erklärtermaßen die gesamte Zivilgesellschaft jetzt eingebunden wird; wir können das nur zusammen. Wer hier die Religionen herausnimmt, auch in der konkreten Politik, wie Wirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und Außenpolitik, der lässt einen Großteil der Weltbevölkerung einfach außen vor. Das ist schlicht und einfach so. Das ist das Besondere an diesen 17 Zielen. Wir haben den Sitz der Propagierung dieser 17 Ziele in Bonn und ich bin ständig dort. Sie sind unglaublich froh, dass die vielen religiösen Führer mitziehen und das propagieren. Wir sind immer enttäuscht, wenn Länder anschließend diese Ziele unterschreiben und wenn es nachher konkret wird, denken, das könnte die Staaten allein erfüllen. Das geht nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und die Zivilgesellschaft ist nun einmal weltweit überwiegend religiös.

SV Dr. **Richard Ottinger**: Dem kann ich mich in der Breite anschließen. Vielleicht ergänzend dazu, dass Religion die gesamte Identität durchdringt. Mich ärgert es immer, wenn der Ethikunterricht versus Religionsunterricht positioniert wird, weil Ethik, das hat uns Immanuel Kant spätestens beigebracht, beantwortet die Frage, was soll ich tun? Die Theologie bzw. Religion beantwortet die Frage, was darf ich hoffen? Dahingehend hat Religion einen ganzheitlicheren Ansatz, es geht nicht nur darum, Gutes zu tun, sondern gut zu sein. Das heißt, die gesamte Existenz soll transformiert werden. Dahingehend überrascht es dann auch nicht, dass die Religionen so viele Andockpunkte zu den SDGs haben. Es geht dann gar nicht darum, dass wir sagen, das ist jetzt eine weitere Ressource, die wir nutzen können, sondern gerade im sogenannten globalen Süden ist es oft die einzige Ressource, die wir nutzen können, um überhaupt SDGs voranzutreiben. Den zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte, ist: Religion taucht überall vor, auch da, wo wir es gar nicht erwarten, wie der Blick in die Ukraine beispielsweise zeigt. Dieser Konflikt ist nur zu verstehen, wenn man religiös gebildet ist. Es ist ganz sicher kein Religionskrieg, aber er hat unglaublich wichtige religiöse Konflikte und die religiös-induzierte Kriegspropaganda von Putin, wofür ja Kyrill I. ihm die Stichpunkte liefert, – Stichpunkt “Russkij mir“ und die russische Welt – haben natürlich auch große Wirkungen auf



Deutschland selbst. Auch da ist Religion sehr eng eingebunden und die Synergien werden wieder im Positiven und im Negativen deutlich. Dann abschließend eine Sache, die mir Sorge bereitet in Bezug auf SDGs und Religionsfreiheit und eine Sache, die vielleicht etwas Hoffnung gibt am Ende. Was mir Sorge bereitet, ist allgemein die UNO-Finanzierung. Die UN hat die Finanzierung sehr ungleich und eher projektbezogen aufgestellt. Wir alle haben sie heute immer als Nummer eins der Struktur genannt, aber wenn man dann auf die Finanzierung der Rechtsstrukturen überhaupt oder auf die ungleiche Verteilung der Geldgeber schaut, dann hat man wenigstens auf den ersten Blick das Gefühl, dass es sehr zukunftsunsicher aufgestellt ist und das alles insgesamt sollten wir im Kopf behalten. Die Sache, die mir Hoffnung macht, ist, dass Religionsfreiheit nicht mehr das Waisenkind unter den Menschenrechten ist. Gerade international sehe ich eine große Koalition zwischen Religionen und zwischen NGOs und zwischen Regierungen und bin da vorsichtig optimistisch im Kampf für Religionsfreiheit.

Die **Vorsitzende**: Jetzt hat das Wort Frau Walter-Rosenheimer.

Abg. **Beate Walter-Rosenheim** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe eine Frage an Sie, Herr Bielefeldt, Im Moment laufen die Wahlen in Indien, der größten Demokratie der Welt. Ich sage das jetzt einmal mit Führungszeichen, weil wir alle die Entwicklung sehen. Die regierende Hindu-nationalistische Partei wird wahrscheinlich diese Wahlen wieder gewinnen und hat einen Großteil auch des Wahlkampfes auf diesen religiösen Manifesten aufgebaut. Wir haben es heute schon kurz gehört. So wurde zum Beispiel die Einweihung des Ram-Mandir-Tempels im Januar als Wahlkampfauftakt von Narendra Modi wahrgenommen. Können Sie uns sagen, welchen Schaden diese Verflechtung von Politik und Religion in dieser Demokratie in Indien anrichtet und welche Mechanismen zentral sind, um den Einzug von religiöser Machtpolitik in die Politik zu verhindern? Das ist ein Riesenthema und wenig Zeit, aber einen Versuch ist es wert.

SV Prof. Dr. **Heiner Bielefeldt**: Diese Riesenfrage gibt mir eine Gelegenheit, den Begriff Säkularität noch einmal affirmativ zu nennen. Wir haben mehrmals darüber gesprochen. Ich stimme dem auch zu, dass es so etwas gibt wie einen doktrinen Säkularismus, der sich selbst aufspreizt, als umfassende Weltanschauung repressiv wird. Aber es gibt tatsächlich auch eine Säkularität, die ich bezeichnen würde als raumgebende Differenz. Ich spreche gar nicht von Trennung, sondern es geht um etwas Positives, Raum zu geben, indem sozusagen Abstand immer wieder neu hergestellt wird. Indien hat ein interessantes Erbe – wir sollten uns nicht einbilden, säkulare Staatlichkeit sein ein exklusives Gedankengut des Westens, nein, auch in Indien legen sie immer großen Wert darauf. Unser säkulares Erbe ist anders als das europäische, vor allem sehr anders als das französische. Da sind viele stolz darauf – das sind aber nicht die Leute, die bei der BPA mitmachen, die machen in der Tat dieses Erbe kaputt, manchmal setzen sie es säkular ein gegen islamisches Familienrecht, da gibt es also auch die verrücktesten Winkelzüge; manchmal spielen sie sich selbst als die Oberherren des Säkularismus auf, aber da erhält es dann auch wieder einen ideologischen Zug. Ich glaube, Indien hat ein riesengroßes Erbe, das es aber in Gefahr ist zu verspielen. Ich sehe den Zusammenhang zwischen Demokratie und Säkularität darin, dass beides eigentlich raumgebende Systeme sind und Hindutva als Ideologie zerstört die Räume, füllt die Räume, okkupiert die Räume, polarisiert die Gesellschaft und für Minderheiten ist das wirklich bedrohlich. Die Menschen haben Angst, zum Teil haben sie Angst, ihre Staatsbürgerschaft zu verlieren, vertrieben zu werden: es ist auch eine sehr gewalttätige Gesellschaft in Teilen. Säkularität ist wichtig, auch bei internationalen Organisationen. Mein Slogan: *secularity is an open space, not an empty space*. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Schwabe, bitte.

Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich wollte mich eigentlich zurückhalten, da es eine Parlamentsangelegenheit ist. Ich habe aber vernommen, dass meine vorübergehende Abwesenheit für Unmut gesorgt



hat. Anlass war eine BPA-Gruppe; der Termin war nicht zu verschieben und auch nicht so lange geplant. Und wir sind natürlich sowieso vielfach im Gespräch und ich sehe mir die Sitzung natürlich auch noch ein-mal an. Es tut mir leid und ich wertschätze natürlich sehr, dass die Sachverständigen so engagiert sind und die Einrichtung dieser Stelle begrüßt wird. Ich will noch eine Frage stellen. Herr Schirmmacher, Sie haben das am Anfang schon gesagt und ich weiß nicht, ob Sie es vielleicht zwischendurch nochmal erwähnt haben, aber ich möchte nochmal sichergehen. Es gibt Leute, die gesagt haben, warum denn jetzt der Schwerpunkt in dem Bericht bei den Indigenen liegt. Dabei war es genau so angedacht. Das ist ein Thema, das geeignet ist, die Brücke zwischen Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu schlagen als Einbettung in den Menschenrechtsdiskurs insgesamt. Es war auch als Angebot an verschiedene Gruppen der Gesellschaft gemeint, die sich schwerpunktmäßig mit Menschenrechten jenseits von Religions- und Weltanschauungsfreiheit beschäftigen und anderen, die sehr stark genau dort ihren Fokus haben. Und ich fand – Sie haben es vorhin schon gesagt, oder vielleicht, wenn Sie es nochmal sagen könnten – warum dieser Schwerpunkt eigentlich gut gewählt war.

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Herr Professor Bielefeldt hat als UN-Berichtersteller jährlich einen Bericht abgegeben und hat es geschafft, jedes Mal ein Thema zu wählen, bei dem alle völlig überrascht waren, wie viel man dazu sagen und was man machen kann. Damit sind wir noch nicht ganz am Ende. Es gibt immer noch Themen, bei denen man denkt, es ist doch alles gesagt. Es ist keine Frage, die Religionsfreiheit hat sehr stark um die Mehrheitsreligionen der christlichen Länder, muslimischen Länder, Indien und hinduistische Länder gekreist. Die Minderheiten waren sehr stark, die Bahá'í oder die jüdischen Mitbürger und andere. Es gibt diesen ganzen Bereich, der praktisch herausfällt, denn die indigenen Völker sind weder Religion noch Weltanschauung. Sie sind oftmals noch etwas ganz anderes, und sie sind sehr oft auch ein Mix, weil sie uralte Überlieferungsguthaben besitzen, was dann oft vermischt ist mit der jeweiligen Mehrheitsreligion, die bestimmend war. Oder wie in Indonesien, wo

man offiziell eine Religion haben muss. Da hat jeder Stamm sich Christentum oder Islam oder Hinduismus ausgesucht, während de facto die indigenen Traditionen oft noch sehr lebendig sind. Es ist überhaupt keine Frage, wir reden von realen Menschen, die in einem völlig anderen kulturellen Zusammenhang als wir leben; die viel schwieriger zu verstehen sind als ein Deutscher die Bahá'í oder die Sikh versteht, weil sie eben auch sehr in Kollektiven gemeinsam leben und sich nur gemeinsam verstehen. Aber dieses Thema ist genauso relevant, weil es reale Menschen auf dieser Erde sind, die genau dieselben Ansprüche auf Menschenrechte haben; die genau dasselbe Recht auf Religion haben. Natürlich kommt hinzu, dass sie nicht vorrangig wegen ihrer Religion, sondern an sich sehr bedroht sind; ihre Menschenrechte sind sehr bedroht und damit wird automatisch auch ihre Religionsfreiheit untergraben. Das heißt, die meisten, die ihre Religionsfreiheit bedrohen, denen ist – entschuldigen Sie, wenn ich das so sage – deren Religion und Überlieferung völlig egal. Sie bedrohen die indigenen Völker und der Klassiker ist schlicht und einfach, dass man Religionen bzw. Völkern ihr Land wegnimmt. Dann hat man auch im Regelfall ihre Spiritualität weggenommen, weil sie ganz eng mit dem Boden verbunden ist. Und deswegen sage ich auch, dass die Zerstörung des tropischen Regenwaldes im Moment nicht nur eine Bedrohung des Klimas, nicht nur eine Bedrohung der indigenen Völker, sondern so ganz nebenbei auch eine Zerstörung der Glaubensüberzeugung der Spiritualität der indigenen Völker darstellt.

Abg. **Renata Alt** (FDP): Vielen Dank. Jetzt habe ich direkt an sie, Herr Prof. Schirmmacher, eine Frage. Sie waren im März 2020 daran beteiligt, in Gambia eine Allianz zwischen christlichen Kirchen und moderaten muslimischen Führern zu schmieden, um eine neue Verfassung zu verhindern, die zu Einschränkungen diverser Menschenrechte geführt hätte, unter anderem Frauenrechte, Religionsfreiheit. Jetzt ist in Gambia ein neues Gesetz in Vorbereitung, das ein Verbot der weiblichen Genitalverstümmelung aufheben soll. Sind Sie auch diesbezüglich in Kontakt mit den Vertretern der Kirche und den moderaten muslimischen Führern? Sehen Sie diesbezüglich



Handlungsoptionen für eine ähnliche Allianz wie damals 2020?

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirmacher**: Ja, wir arbeiten natürlich daran. Das ist typisch in solchen Situationen, dass selbst dann, wenn man vorübergehend einen Sieg eingefahren hat, die Kräfte sich neu sortieren und es wieder losgeht. Es ist nicht zufälligerweise ein Thema, das sehr unmittelbar Frauen und Mädchen betrifft. Ich will nur darauf hinweisen, wir sind wieder beim Thema Dialog. Was damals in Gambia lief, war ein internationaler Dialog zwischen christlichen Kirchen und muslimischer Seite. Die eigentlichen Kontakte sind durch Vertreter Indonesiens zustande gekommen, die genau wussten, wer im Senegal die moderaten Muslime sind, die uns helfen; die haben uns dann in Gambia geholfen. Diese Schiene fahren wir im Moment gerade wieder hoch. Ob uns das gelingen wird, werden wir dann sehen. Aber das ist ein sehr schönes Beispiel. Das sind Sachen, die verhindert man nur über die religiöse Schiene. Da haben Politiker leider nur eine verhältnismäßig kleine Rolle gespielt. In Gambia hat das darüber funktioniert, dass die religiösen Führer einen Stopp-Punkt gesetzt haben und dann haben die Abgeordneten nein gesagt, weil sie wiedergewählt werden wollen. Das kann man sich hier nicht vorstellen. Hier kann man einem Bischof Kritisches sagen und trotzdem wiedergewählt werden. In vielen religiösen Ländern kann man sich das nicht erlauben. Ich habe in meinem Bericht kurz Ghana erwähnt. Ich bin jetzt in Ghana gewesen. Mir ist das ehrlich gesagt ein bisschen einfach zu sagen, das sind Evangelikale aus Amerika, da fließt Geld. Im Übrigen fließt auch viel Geld von Evangelikalen wie mir, die das wieder bekämpfen. Immerhin hat das Parlament einstimmig dieses idiotische LGBT-Gesetz verabschiedet. Das ist dann ein bisschen mehr, das kann auch kein Amerikaner so ohne weiteres kaufen. Der Präsident hat es noch nicht unterzeichnet. Warum? Weil er ein religiöser Mensch ist und ihn Religionsführer aus aller Welt warnen, das zu unterzeichnen. Ich befürchte, er unterzeichnet es am Ende trotzdem. Aber das ist der Vorbehalt. Was der UN-Generalsekretär dazu sagt, das ist ihm verhältnismäßig egal. Aber er hat im Moment – ich sage es mal ruhig, ich weiß es – ein schlechtes Gewissen, das zu machen. Er weiß, er macht es

aus politischem Druck. Er hat ein schlechtes Gewissen. Das ist in Gambia. Es ist eben ein sehr schönes Beispiel, dass die große Mehrheit der islamischen Führer, gerade der unteren Ebene, genau wissen, dass das eigentlich nicht sein sollte und dass das eigentlich letztendlich nicht religiös initiiert, sondern finanziert aus den arabischen Ländern ist, die dann, Gott sei es geklagt, tatsächlich einfach Abgeordnete bestechen. Da kämpfen wir eigentlich nicht gegen religiöse Überzeugungen. Aber es sind nur Religionsführer, die das stoppen können. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Damit kommen wir nun zu der vereinbarten Schlussrunde, in der alle Sachverständigen noch einmal drei Minuten Zeit für ein abschließendes Statement haben. Nachdem wir die Eingangsstatements in alphabetischer Reihenfolge gehört haben, beginnen wir nach unserer Praxis nun in umgekehrt alphabetischer Reihenfolge. Das heißt, zunächst hat Frau Veiler das Wort. Bitte schön.

SVe **Hanna Veiler**: Vielen Dank. Ich glaube, wir haben in den vergangenen drei Stunden über die wichtigsten Dinge bereits sprechen können. Ich möchte dennoch einmal kurz in meiner Rolle als Sprecherin der jungen Jüdinnen und Juden in diesem Land zu Wort kommen. Die meisten Jüdinnen und Juden in diesem Land, ungefähr 90 Prozent, kommen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Das bedeutet, dass die meisten von uns eine familiäre Geschichte haben, die von einem Mangel an Religionsfreiheit, eher gesagt Religionsunterdrückung und Erstickung der eigenen Identität, in dem Fall der jüdischen; dass die meisten von uns eine solche Geschichte mitbringen. Unsere Familien haben in den 1990ern und frühen 2000er Jahren den Weg in den Westen gesucht, vor allem nach Deutschland, nach Israel und in die USA; in der Hoffnung auf ein sichereres, auf ein freieres Leben. Vor wenigen Tagen musste ein Rabbiner in den USA an der Columbia University seinen Studierenden sagen bzw. seine Studierende darauf verweisen, dass sie auf keinen Fall das Pessachfest am Campus verbringen dürfen, weil es zu gefährlich für sie ist. Es ist aus einer jüdischen Perspektive gerade weltweit unglaublich schwierig über Religionsfreiheit zu sprechen. Damit habe ich



mein Eingangsstatement vorhin begonnen und damit werde ich das Ganze beenden. Wir können keine Floskeln mehr hören. Religionsfreiheit muss erkämpft werden, Freiheit muss ausgehandelt werden und wir müssen uns ganz entschlossen als Land, als Regierung und als Bundestag all den Gefahren stellen, die die Religionsfreiheit gefährden. Sei es der Iran, sei es Russland, seien es Parteien, die leider auch in diesem Haus sitzen und gerne wieder in vormoderne Zeiten zurückkehren wollen würden. Wir müssen dem entgegenzutreten, gemeinsam, klar und fokussiert.

Die **Vorsitzende**: Prof. Schirmmacher.

SV Erzbischof Prof. Dr. **Thomas Schirmmacher**: Ich würde gerne das Thema aufgreifen, damit das nicht so wirkt, als wenn Sie das Spezialthema Antisemitismus haben und wir über alles andere reden. Ich habe das in meinem Statement auch klar gesagt. Ich würde gerne eine Sache sehr deutlich sagen. Ich habe ein Buch, eine Dissertation „Hitlers Kriegsreligion“ geschrieben. Ich könnte viel über unsere Geschichte sagen, aber die Religionsfreiheit unserer jüdischen Mitbürger ist nicht unserer Geschichte geschuldet. Sie ist dem Umstand geschuldet, dass sie Menschen sind und ein Recht auf Religionsfreiheit haben. Das heißt, wären sie alle gestern vor einer Woche eingewandert, würde es an der ganzen Geschichte nichts ändern; man steckt keine Synagogen an, man steckt auch keinen Bahá'i-Tempel an und da haben wir überhaupt keine Geschichte. Wer von nichts eine Ahnung hat, sich nicht für Geschichte interessiert, der müsste das doch wissen. Wir haben das in Bonn erlebt, nicht weit von meinem Haus entfernt, dass jemand, weil er eine Kippa aufhatte, schlicht und einfach verprügelt wurde. Dann kam noch die Polizei und hat das verwechselt und den Angegriffenen verhaftet und die beiden Täter sind weggelaufen. Sie kennen die Geschichte vielleicht. Das hat erst mal nichts damit zu tun, was vor 70 Jahren war. Das ist kriminell und gleichzeitig eine Verletzung von Religionsfreiheit. Wenn wir das dulden, sind wir so weit wie früher und ich meine – ich habe das jeden Tag, ich wohne in der Innenstadt in Bonn, ich habe das jeden Tag vor meiner Haustür, die Menschen, die da demonstrieren, die akzeptieren doch auch keine anderen Meinungen. Es ist doch

nicht so, dass die nur mit jüdischen Mitbürgern unterschiedliche Meinungen haben und alle anderen respektieren und als ehrenwert bezeichnen. Das sind Menschen, die haben nur ihre Meinung und alle anderen haben sich dem gefälligst zu fügen. Deswegen möchte ich unterstreichen, dass Antisemitismus nicht nur eine Frage der Religionsfreiheit ist. Wir haben auch einen reinen rassistischen Antisemitismus, der sich um Religion überhaupt nicht kümmert, aber es ist definitiv auch ein Problem der Religionsfreiheit und nun mal im Moment das öffentlichste Problem der Religionsfreiheit auf unseren Straßen. Das haben wir uns nicht ausgesucht, das ist jetzt so gekommen und ich bin entsetzt darüber, dass es jetzt Diskussionen gibt, ob die Muslime vielleicht ihren Antisemitismus von den Kolonialherren haben. Liebe Leute, ich habe auch eine Familiengeschichte und weiß, wo meine Vorfahren ihren Antisemitismus herhatten. Das gibt mir doch nicht das Recht, jemanden mit Kippa zu verprügeln und zu sagen: Das habe ich so gelernt, das habe ich so geerbt. Es ist eine Verletzung von Menschenrechten und das gilt genauso für Kopten in unserem Land. Ich möchte ein Letztes unterstreichen: Wir haben hunderttausende von Menschen, die wegen der Religionsfreiheit nach Deutschland gekommen sind. Ich spreche einmal im Jahr vor 30.000 Ahmadiyya-Muslimen. Die singen die Nationalhymne, wenn sie ihre Veranstaltungen beginnen, weil sie Deutschland dankbar sind, dass sie aus Pakistan hierher kommen konnten und nicht mehr unter Apostasie-Gesetzen leben und nicht mehr gefährdet sind. Wir haben Aleviten, die sind aus der Türkei nach Deutschland gekommen, weil sie ihre Kinder nicht zwangsweise in den Religionsunterricht schicken wollen. Unser Land ist ein Land, in dem man Religion nicht nur leben darf, sondern öffentlich leben darf, wo es im öffentlichen Raum eben hingehört. Das zu schützen hat etwas mit der Identität unseres Landes zu tun. Das bezieht sich, um es nochmal zu sagen, selbstverständlich nicht nur auf Christen – mal gar nicht davon zu reden, dass es ja gar keine Christen gibt. Es gibt nur Katholiken und Protestanten und was wir alles für Gruppen haben, die alle ihre eigenen Rechte haben. Wir haben auch keinen christlichen Religionsunterricht, sondern spezifische Kirchen, die ihren Religionsunterricht mit ihrer



Besonderheit haben dürfen, und das zu erhalten, muss unser aller Aufgabe sein.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Dr. Ottinger, bitte.

SV Dr. **Richard Ottinger**: Herzlichen Dank, danke auch an die anderen Sachverständigen. Ich habe viel gelernt, es war wirklich eine spannende Runde. Ich möchte am Ende noch einmal die Gelegenheit nutzen, um gemeinsam in die Zukunft zu schauen und festhalten, dass die Zukunft des deutschen Engagements für Religionsfreiheit vorrangig eine säkulare sein wird. Das haben jüngst auch noch einmal empirische Daten ergeben. Die sechste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung, die Forsa durchgeführt hat, hat nochmals deutlich gemacht, dass sich 32 Prozent der Deutschen als nicht religiös bezeichnen – also nicht nur nicht konfessionell, sondern dezidiert nicht religiös; zweidrittel der Kirchenmitglieder teilen kein spezifisch christliches Gottesbild. Das lässt schon nachdenken und daraus erwachsen zwei Herausforderungen, auf die ich kurz eingehen möchte. Einerseits intern, hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sinkt das religiöse Verständnis so stark, dass das eine sehr negative Debattenkultur zur Folge hat. Wir konnten das sehen in Bezug auf die Knabenbeschneidung, wir können das sehen in Bezug auf die Kopftuchdebatten und an den nicht enden wollenden Debatten rund um die Kirchensteuer. Da gibt es eine sehr starke, hochemotionale Debatte, die oft auch viel Sachverstand vermissen lässt. Hier sieht man einfach sehr konkret national, was es anrichten kann, wenn die allgemein religiöse Bildung nachlässt. In Bezug auf die Herausforderungen in der Außen- und Entwicklungspolitik haben wir bereits darüber gesprochen. Da würde ich mir auch eine andere Sensibilität wünschen. Das heißt, das Säkulare wird unsere Zukunft in Bezug auf den internationalen Religionsdialog bestimmen, aber auch in Bezug auf das Engagement für Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Was man dagegen tun kann, damit Säkularität *open* aber nicht *empty* wird, da hilft der Begriff der *Religious Literacy*. Es hat mich sehr gefreut, dass der auch im Bericht vorkam, im Kapitel 2.2.3 – kurz, aber gut wie ich fand – ich finde da könnte man schön loslaufen an

der Stelle. Früher hätte man vielleicht gesagt, religiöses Wissen sollte verstärkt werden, um kontextsensibel agieren zu können. Da geht der Auftrag einerseits an die religiösen Gemeinschaften, weil da jetzt der Ball liegt, auch auf empirisch Nachweisliches – Gergely Rosta und Detlef Pollack haben das sehr schön herausgearbeitet – oft gibt es bei nicht-religiösen Menschen auch gar nicht diese Sinnsuche, die dann doch hintenherum wieder religiös ist, die Frage wird gar nicht gestellt. Jetzt liegt der Ball klar bei Kirchen und Religionsgemeinschaften, ausgehend davon religiöse Bildung zu starten; er liegt aber auch bei der Politik. Da würde ich mir wünschen, wenn es bildungspolitische Initiativen gäbe, wenn es einfach eine andere Form von Bildung von auch Nachwuchspolitikern gäbe, die menschenrechtlich schon interessiert sind, die man einfach nochmal anders fit macht. Warum sage ich das? Einerseits, weil man die Synergien nur entdecken kann – Man kann sich innerhalb von katholischen Gemeinden nur für Frauenrechte einsetzen, wenn man an Marienfrömmigkeit anknüpft. Das ist jetzt ein sehr plastisches Beispiel, ich weiß noch nicht, in welchem Kontext es wirklich funktioniert, aber das muss man einfach verstehen, um einen Weg zu finden, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Gleichzeitig – vielleicht auch wieder als Brücke an nicht-Religiöse – wird auch die Religionskritik besser, wenn man religiös gut gebildet ist. Auch das hilft an der Stelle. Abschließend zusammenfassend kann so über *Religious Literacy* Deutschland wieder eine wirklich starke Kompetenz im internationalen Einsatz für das Menschenrecht Religions- und Weltanschauungsfreiheit bekommen und gleichzeitig hat es dann sicherlich auch positive Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen. Herr Dr. Macheck, bitte.

SV Mag. Dr. **Christian Macheck**, M.A.: Wenn wir über den Schutz der Religionsfreiheit reden, dann reden wir eigentlich auch über Politik. Und die Politiker müssen immer Güterabwägung betreiben und wir wissen, es gibt ökonomische Sachzwänge. Wenn ich an das Beispiel des Landes Aserbaidschan



schan denke – dankenswerterweise wurde das angesprochen, die Situation der Armenier dort in Bergkarabach, die vertrieben worden sind – da hätte man sich auch sehr viel mehr erwarten können von einer Deutschen Bundesregierung. Was wir wollen, ist, dass die Achtung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit gelebte Wirklichkeit ist. Das kann eine Politik immer nur in begrenztem Maße möglich machen, aber sie hat Möglichkeiten. Vielleicht ganz konkret: Wo Not herrscht, wo sich eine Regierung wie die Deutsche einsetzen kann für die Religionsfreiheit, ist in gewissen Ländern in Zentralafrika. Ich denke jetzt an Nigeria und den Norden dort; von dort habe ich auch vor kurzem einen Bericht bekommen von einem Missionar. Ein wichtiges Mittel ist der Dialog, deshalb hier meinen Impuls diese Friedensdialoge, die es ja mal gab, wieder aufzugreifen. Etwas, was uns alle hier betrübt, und wo wir alle hoffen, dass es einen Frieden geben wird, ist der Krieg in der Ukraine. Der Papst versucht mit dem Patriarchen Kyrill I ins Gespräch zu kommen; vielleicht könnte da auch eine deutsche Regierung Gesprächsdialoge initiieren. Es gibt ein Land in Europa, das von gewissen politischen Kräften sehr angefeindet wird, auch regelrecht von der EU erpresst wurde. Zuletzt gab es einen Anlass, eine Gesetzgebung zum Schutz der Kinder und zur Stärkung der Elternrechte und das ist ein Land, in dem sich Juden sehr wohl fühlen, das ist Ungarn. Ich kann nur einen Denkanstoß geben: Warum ist das so, warum macht Ungarn eine andere Politik? Ja, sie machen eine selbstbewusste nationale Politik, aber auch eine selbstbewusste christliche Politik. In Richtung der EU, die sich berechtigterweise um Antisemitismus, aber auch Islamophobie Sorgen macht: Dort fällt das Wort Christophobie gar nicht, da könnte eine Bundesregierung nachfragen bei der Kommission, warum dem so ist. Grundsätzlich – wir reden hier von Religion, von der Sinnfrage und dem Menschenbild – bedarf es philosophisch betrachtet immer einer Reflexion und zu der möchte ich auch die Regierung einladen, über ihre Prämissen, ihre Ideologie, die leider sehr neomarxistisch geprägt ist, unter anderem nachzudenken und im Sinne der Wahrung der Menschenwürde umzudenken. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Herr Prof. Bielefeldt.

SV Prof. Dr. **Heiner Bielefeldt**: Danke schön. Meine letzten drei Minuten würde ich gerne noch einmal dem Thema Indigene widmen. Und zwar dahingehend, dass es ist nicht nur ein Sonderthema ist. Einerseits ist es das, zweifellos, also ein Thema mit sehr spezifischen Fragestellungen, bei dem die Religionsfreiheit uns in ganz ungewohnten Formen entgegenkommt – etwa die mehrmals angesprochene enge Beziehung zwischen Religion und Land, was ist denn das? Wie kann man damit umgehen? Wenn man so will, schon. Wir haben ein sehr spezifisches Thema, aber bei aller Spezifität, bei allen Schwierigkeiten ist es zugleich ein Testfall. Testfälle sind immer Fälle, bei denen es ums Ganze geht. Die Religionsfreiheit gehört zu den universellen Menschenrechten und Universalismus ist eine steile These; die These nämlich, dass in einem inklusiven Verständnis letzten Endes alle Menschen von diesen Rechten profitieren können sollen. Faktisch haben wir immer blinde Flecken. Faktisch haben wir immer Leute ausgelassen. Und deshalb ist der Universalismus der Menschenrechte ein Universalismus auf Bewährung. Auch der Universalismus der Religions- und Weltanschauungsfreiheit als eines der Menschenrechte ist ein Universalismus auf Bewährung. Die Bewährung zeigt sich in der Bereitschaft, sich auf Themen einzulassen, die bislang noch nicht wirklich abgedeckt waren. Diesbezüglich steht noch sehr viel Arbeit bevor. Ich erinnere mich an Gespräche mit einem indigenen Führer aus den Chittagong Hill Tracts in Bangladesch, der sagte, die Kategorien der Religionsfreiheit passen für unsere spezifischen Bedürfnisse nicht; die Kategorien, die auch über die Rechtsprechung gehärtet worden sind. Hier stehen neue Adaptionen an, womit immer auch Risiken verbunden sind. Aber ich glaube, an der Bereitschaft, sich auch auf diese Frage in ihrer Sperrigkeit, in ihrer Ungewohntheit einzulassen, hängt tatsächlich die Glaubwürdigkeit des Universalismus auch in der Religionsfreiheit. Deshalb ist es in der Tat nicht nur ein Sonderthema, sondern ein Thema von sehr prinzipieller Bedeutung. Das haben verschiedene Akteursgruppen erkannt. Auch der Bericht zur Religionsfreiheit der beiden großen Kirchen, der im letzten Jahr herauskam, hat ein kleines, exploratives Kapitel dazu; ein Signal. Eine Baustelle, die noch kaum betreten worden ist, aber wo man einfach weiß, da muss



man ran. Auch mein Nachfolger als Sonderberichterstatter, Ahmed Shaheed, – der übrigens auch einen Bericht über Antisemitismus geschrieben hat, eines der wenigen Dokumente der UNO zum Antisemitismus – hat seinen letzten Bericht zum Thema Indigene verfasst. Wiederum eine Markierung dafür, dass wir uns auf Debatten einlassen, die wir noch gar nicht kennen. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und schließlich Frau El Berr, bitte.

Sve Dr. **Sandy El Berr**: Danke. Ich möchte mein Abschlussstatement auch den indigenen Völkern widmen und nochmal darauf hinweisen, dass Indigene 6 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, aber sich eben auf ihren Territorien 80 Prozent der weltweiten Biodiversität befindet. Gleichzeitig stehen indigene Völker extrem unter Druck. Der Bericht hat sehr deutlich herausgestellt, dass die Spiritualität bzw. Religiosität indigener Völker vom Recht auf Religionsfreiheit gedeckt und geschützt ist. Weil indigene Religionen oder ihre Spiritualität untrennbar mit ihrem Land und ihren Ressourcen verbunden sind. Sie geraten zunehmend ins Blickfeld verschiedener Akteure. Landkonflikte sind hier das Schlüsselthema für indigene Religionsfreiheit. Wenn man die Wahrung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit bezogen auf indigene Spiritualität ernst nimmt, dann hat dies weitreichende politische Konsequenzen. Insbesondere mit Blick auf die Bereiche Rohstoffabbau, Agrarindustrie oder Infrastrukturprojekte. Gelingen kann dies eigentlich nur, wenn Beteiligungs- und Zustimmungsrechte der Indigenen, aber auch die anderen in der ILO-Konvention 169 verbrieften Rechte, tatsächlich respektiert werden. Deutschland ist diesem Abkommen beigetreten. Jetzt kommt es darauf an, dass dieser bekundeten Solidarität mit Indigenen auch Taten folgen. Herr Bielefeldt hat ganz am Anfang erwähnt, dass es für ihre Teilnahme. Die Sitzung ist geschlossen.

wichtig ist, die UNO zu stärken. Das ist ein sehr wichtiger Schritt. Aber auch, dass das Indigenenthema kein Rand- oder Sonderthema ist, sondern ein Querschnittsthema darstellt. Deswegen ist es auch sehr wichtig, dass eine ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung erarbeitet wird, und dass auch die Konsultationspflicht umgesetzt wird, wenn indigene Territorien oder die Rechte indigener Völker betroffen sind – sowohl bei Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland als auch deutscher Unternehmen im Ausland. Hier möchte ich auf die extraterritorialen Staatenpflichten eingehen, die mittlerweile auch von vielen Völkerrechtlern gefordert werden. Es gibt bereits verschiedene rechtliche Gutachten dazu und ein Referent dazu ist das *European Centre for Constitutional and Human Rights (ECCHR)* in Berlin. Wichtig ist auch, das deutsche Lieferkettengesetz anzuwenden. Ich möchte nochmals betonen, dass die Religions- und Weltanschauungsfreiheit mit anderen Menschenrechten in einer großen Interdependenz verbunden ist. Indigene Völker sind auch wichtige gesellschaftspolitische Kräfte, sie engagieren sich für inklusive Gesellschaften. In verschiedenen Ländern sind sie zum Beispiel gerade in Lateinamerika dabei, Verfassungen zu erarbeiten, in denen es um die Schaffung von plurikulturellen Gesellschaften geht. Das heißt sie können auch für unsere Gesellschaft eine Inspiration sein. Indigene Frauen spielen eine ganz wichtige Rolle – auch in unserer Kooperation, in unserer Zusammenarbeit – denn sie sind oft der doppelten Diskriminierung ausgesetzt. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau El Berr.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Anhörungssitzung angelangt. Ich danke insbesondere den Sachverständigen sehr herzlich





Schluss der Sitzung: 16:53 Uhr

Renata Alt, MdB  
**Vorsitzende**